



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 170 Sept./3 2025

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

EU zensiert den erschreckenden Beitrag des deutschen Polizeichefs zum Einwanderungsalptraum 2050 und das sind seine Prognosen

zerohedge, September 10, 2025



Wie wird Deutschland im Jahr 2050 aussehen? Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Manuel Ostermann**, veröffentlichte auf X einen Auszug aus seinem Buch über die

Gefahren der Masseneinwanderung. Darin beschreibt er ein düsteres Szenario: arabische Clans, die Grossstädte dominieren, Scharia-Recht, Kinderheiraten, «Grooming Gangs» und eine Reihe weiterer Probleme. Doch die Europäische Union griff ein und liess den Beitrag auf Grundlage des **Digital Services Act** zensurieren. Damit ist er auf dem gesamten Kontinent nicht mehr sichtbar – eine drastische Eskalation gegen einen Beamten, der als eine der führenden Stimmen zehntausender deutscher Polizeibeamter gilt und regelmässig in Medien wie *Welt* und *Bild* zitiert wird.

Wer den Beitrag nun sucht, wird lediglich mit einem Zensurhinweis konfrontiert.

Zensur statt Debatte

Ostermanns Prognosen sind in jeder demokratischen Gesellschaft ein legitimer Ausdruck der Meinungsfreiheit. Selbst wenn sich manche seiner Warnungen nicht bewahrheiten sollten, garantieren Grundgesetz und europäische Verfassungen das Recht, solche Szenarien öffentlich zu diskutieren.

Zudem gibt es zahlreiche Belege, die zumindest Teile seiner Aussagen stützen. Ostermann selbst betonte: *«Dieser Text stammt übrigens aus meinem Buch «Deutschland ist nicht mehr sicher». Ich freue mich, dass er diskutiert wird, denn so kann die Realität in Deutschland leider ganz schnell aussehen.»*

Man stelle sich Deutschland im Jahr 2050 vor. Arabische Clans beherrschen die Grossstädte. Banden bekriegen sich beim Kampf um die Hoheit in der organisierten Kriminalität. Auf offener Strasse werden Menschen ermordet, die nicht zur «richtigen Seite» gehören. Selbst die Polizei ...

— Manuel Ostermann (@M_Ostermann) August 27, 2025

Die Frage drängt sich auf: **Wird die EU als Nächstes auch sein Buch verbieten?**

Ostermanns düstere Prognosen Arabische Clans beherrschen die Städte

«Stellen Sie sich Deutschland im Jahr 2050 vor. Arabische Clans beherrschen die Grossstädte. Banden liefern sich blutige Kämpfe, auf offener Strasse werden Menschen ermordet. Die Polizei meidet ganze Stadtteile, die längst als *No-Go-Areas* gelten. Die Zahl der Drogentoten erreicht Rekordwerte.»

Diese Warnung ist keineswegs aus der Luft gegriffen. **Clan-Kriminalität** ist in deutschen Metropolen seit Jahren ein massives Problem. Kriminelle Grossfamilien, häufig aus dem Libanon oder der Türkei, haben Strukturen aufgebaut, die Polizei und Behörden unterwandern. Eine ZDF-Dokumentation belegt, dass Razzien verraten, Ermittlungen manipuliert und Beamte bestochen wurden.

Auch in Nachbarländern gibt es Parallelen: Marokkanische und tschetschenische Gangs in Frankreich und den Niederlanden kämpfen brutal um den Drogenmarkt. In Marseille explodiert die Mordrate, in den Niederlanden drohte sogar die Sicherheit der Königsfamilie.

Scharia und Frauenrechte

«In manchen Bezirken wird nur noch die Scharia als gültiges Recht anerkannt.»

Schon heute akzeptieren österreichische Gerichte in Einzelfällen die Scharia, solange sie nicht mit Grundrechten kollidiert. In Deutschland wiederum zeigen Studien: Fast die Hälfte junger Muslime hält eine Theokratie für die beste Staatsform, zwei Drittel stellen die Regeln des Korans über das Grundgesetz.

Eine Untersuchung der Universität Münster ergab zudem, dass **elf Prozent der jungen Muslime bereit sind, ihre Interessen mit Gewalt zu verteidigen**. Das sind Hunderttausende potenziell Radikalisierte.

Ostermann schreibt:

«Frauen dürfen nur dann auf die Strasse gehen, wenn sie voll verschleiert sind und von einem männlichen Verwandten begleitet werden.»

In vielen islamischen Ländern ist das Realität. Human Rights Watch dokumentierte, dass Frauen in 15 Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens bis heute die Erlaubnis ihres Ehemanns brauchen, um zu arbeiten oder das Haus zu verlassen.

Arabisch dominiert das Strassenbild

«Man hört nur noch Arabisch. Deutsche sind in andere Stadtteile gezogen und wagen sich nicht mehr zurück. Schulen können nur noch zweisprachig unterrichten.»

Schon jetzt gibt es Schulen in Deutschland, in denen **über 95 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund** haben – viele sprechen bei der Einschulung kaum Deutsch. In Wien ist die Entwicklung noch weiter fortgeschritten: Dort machen muslimische Kinder bereits 41 Prozent der Grundschüler aus.

Gewalt, Grooming Gangs und Unsicherheit für Frauen

«Mädchen und Frauen trauen sich nur noch mit Pfefferspray aus dem Haus. Gruppenvergewaltiger und Grooming Gangs treiben ungestraft ihr Unwesen.»

Auch das ist keine reine Phantasie. In Deutschland haben Ausländer oder Männer mit Migrationshintergrund schon heute einen Anteil von bis zu drei Vierteln an Gruppenvergewaltigungen. In Grossbritannien wiederum waren bei den berüchtigten *Grooming Gangs* fast alle Täter pakistanischer Herkunft.

Kinderheirat und Genitalverstümmelung

«Muslimische Mädchen, die noch vor der Pubertät stehen, werden mit älteren Männern verheiratet. Genitalverstümmelung wird in bestimmten Kreisen ganz selbstverständlich praktiziert.»

Die Fakten bestätigen diese Befürchtung:

- 2019 registrierten deutsche Behörden **819 Kinderehen** – 98 Prozent mit Migrationshintergrund.
- Bereits 68'000 Frauen und Mädchen in Deutschland gelten als Opfer von **Genitalverstümmelung** – ein Anstieg um 44 Prozent seit 2017.

Fazit: Zensur ist keine Lösung

Manuel Ostermann zeichnet ein Szenario, das provoziert und Ängste schürt – aber genau das ist der Kern der öffentlichen Debatte. Statt Zensur braucht es eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Problemen von Masseneinwanderung, Clan-Kriminalität und Parallelgesellschaften.

Die Entscheidung der EU, den Beitrag eines hochrangigen Polizeigewerkschafters zu löschen, ist ein **schwerer Eingriff in die Meinungsfreiheit**. Ob Ostermanns Prognosen eintreffen oder nicht – sie sind Teil einer notwendigen Diskussion. Eine Demokratie, die solche Stimmen unterdrückt, verliert ihre Glaubwürdigkeit.

Quelle: EU Censors German Police Boss's Chilling 2050 Immigration Nightmare Post

Quelle: <https://uncutnews.ch/eu-zensiert-den-erschreckenden-beitrag-des-deutschen-polizeichfs-zum-einwanderungsalptraum-2050-und-das-sind-seine-prognosen>

«Soziale» Medien



Gefunden bei Facebook



Israelische Luftangriffe zielen am 7. September 2025 auf den Wohnkomplex Al-Rouya in Gaza-Stadt.
(Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabbah.)

Die Frontlinie der ethnischen Säuberungskampagne Israels: Bericht aus Gaza-Stadt

Abdel Qader Sabbah und Rasha Abou jalal via Drop Site News, September 10, 2025

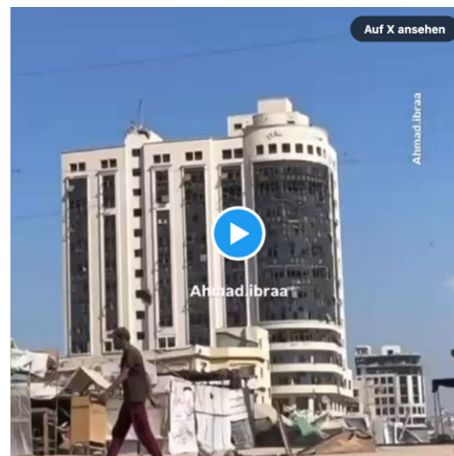
Israel hat innerhalb von zwei Tagen 50 Gebäude und Hunderte von Zelten in Gaza-Stadt zerstört, als Teil einer Operation, um bis zu einer Million Palästinenser in den Süden zu vertreiben.

Abdel Qader Sabbah und Rasha Abou jalal

GAZA-STADT – Das israelische Militär führt einen massiven Luftangriff durch, der sich auf Gaza-Stadt konzentriert und Dutzende von Hochhäusern im Herzen der Stadt zum Ziel hat, um sie in Schutt und Asche zu legen. Die Zerstörung von Wohngebäuden und Zeltlagern in der Nähe ist Teil der erklärten Operation, das gesamte Gebiet von den fast einer Million Palästinensern, die dort Zuflucht suchen, ethnisch zu säubern und sie nach Süden zu vertreiben.

«Ich habe Ihnen vor einigen Tagen versprochen, dass wir die Terrorhochhäuser in Gaza zerstören würden. Genau das tun wir jetzt», sagte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am Montag in einer Videobotschaft aus dem Hauptquartier des Verteidigungsministeriums in Tel Aviv. «In den letzten zwei Tagen sind 50 dieser Hochhäuser zerstört worden. Die Luftwaffe hat sie zum Einsturz gebracht. All dies ist nur eine Einleitung, nur ein Vorspiel für die eigentliche intensive Operation – eine Bodenoffensive unserer Streitkräfte, die sich derzeit in Gaza-Stadt organisieren und versammeln», sagte er und fügte hinzu: «Und deshalb sage ich den Bewohnern von Gaza, ich nutze diese Gelegenheit und bitte Sie, mir aufmerksam zuzuhören: Sie sind gewarnt worden. Verlassen Sie diesen Ort!»

Am Sonntag zerstörten israelische Luftangriffe das Wohnhochhaus Al-Rouya in Tel al-Hawa, einem Stadtteil im Südwesten von Gaza-Stadt. Die massive Explosion brachte das Hochhaus zum Einsturz und schleuderte riesige Rauch- und Aschewolken in die Luft. Die Bewohner sagen, dass sie vor dem Angriff kaum eine Warnung erhielten, um aus dem Gebiet zu fliehen.



Israelische Luftangriffe zerstören am 7. September 2025 das Al-Rouya-Gebäude in Gaza-Stadt.
Video von Abdel Qader Sabbah.

«Vor etwa einer Stunde drohten sie, den Turm anzugreifen, und forderten uns dann auf, das Gebiet zu verlassen. Wir hatten keine Zeit, irgendetwas mitzunehmen», berichtete Hayam Saad, die mit ihrem Mann,

ihren Kindern und anderen Verwandten in einem Zeltlager neben dem Al-Rouya-Gebäude lebte, als sie neben den Trümmern zerstörter Zelte und zeretzter Habseligkeiten stand. «Ich habe meine Sachen zurückgelassen und bin mit meinen kleinen Kindern geflohen.» Saad und ihre Familie wurden vor drei Monaten aus dem östlichen Stadtteil Shujaiyya in Gaza-Stadt vertrieben, nachdem ein israelischer Luftangriff auf ihre Wohnung Saads Schwiegertochter getötet hatte. «Überall in der Wohnung war Blut. Wir konnten weder ein Bein noch einen Kopf oder irgendetwas anderes finden. Dann haben wir die Gegend verlassen», sagte sie.

«Wie Sie sehen können, gibt es nichts mehr. Wohin sollen wir jetzt gehen? Wer gibt uns Zelte? Wer gibt uns eine Unterkunft? Wir wissen nicht, wohin wir gehen sollen», sagte sie. Ihr Ehemann, Ahed Al-Abed Saad, sagte, dass sie bei dem Angriff ihre wenigen Habseligkeiten verloren hätten. «Wir sind hierhergekommen und haben nichts gefunden. Keine Kleidung, kein Essen, kein Wasser, nicht einmal Zelte», sagte er gegenüber Drop Site. «All das dient dazu, die Menschen zu zwingen, sich in den Süden zu zerstreuen. Im Moment haben wir nichts, wir werden auf den Trümmern schlafen.»



Ahed Al-Abed Saad steht neben seinem Zelt in der Nähe der Trümmer des Al-Rouya-Gebäudes in Gaza-Stadt. 7. September 2025. (Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabbah.)

Hunderte andere vertriebene Familien durchsuchten die Trümmer, um zu versuchen, das Wenige zu retten, was sie konnten. «Sie gaben uns nicht genug Zeit, um die notwendigen Gegenstände aus den Zelten für die Vertriebenen oder aus dem Inneren des Turms selbst für einige der Vertriebenen zu entfernen», sagte Mahmoud Naim, ein 33-Jähriger aus Beit Hanoun, gegenüber Drop Site, als er am Sonntag inmitten der Trümmer des Al-Rouya-Gebäudes stand. «Der Turm wurde in weniger als einer Stunde bombardiert, und das Gebiet wurde vollständig zerstört. Auch die Zelte der Vertriebenen wurden zerstört. In diesen Zelten waren Hunderte von Vertriebenen aus verschiedenen Gebieten untergebracht – aus dem Norden, aus dem Zentrum von Gaza, aus Gaza-Stadt, aus Beit Hanoun, Beit Lahiya, dem Flüchtlingslager Jabalia, Shujaiyya, Al-Tuffah, Al-Sabra und allen Gebieten von Gaza.»

Israelische Führer haben offen damit geprahlt, Gaza-Stadt zu zerstören, um alle dort lebenden Palästinenser zu vertreiben, wie sie es bereits in anderen Städten wie Beit Hanoun, Rafah und anderswo getan haben. Das israelische Militär kündigte zunächst an, im Rahmen seines Angriffs auf Gaza-Stadt am Freitag gezielt mehrere Hochhäuser anzugreifen, und behauptete ohne Beweise vorzulegen, dass diese von Hamas-Kämpfern genutzt würden. Das israelische Militär verbreitete lediglich ein Video, das den Mushtaha-Turm, ein 16-stöckiges Gebäude in einem dicht besiedelten westlichen Stadtteil, mit einer grafischen Darstellung einer angeblichen Kamera auf dem Dach des Gebäudes als «Beweis» zeigte. In den folgenden Tagen zerstörten sie mindestens 50 Gebäude.

Am Montag schrieb der israelische Verteidigungsminister Israel Katz auf X: «Ein mächtiger Hurrikan wird heute über Gaza-Stadt hereinbrechen und die Dächer der Terror-Türme zum Beben bringen. Dies ist eine letzte Warnung an die Mörder und Vergewaltiger der Hamas in Gaza und in den Luxushotels im Ausland: Lasst die Geiseln frei und legt eure Waffen nieder – oder Gaza wird zerstört und ihr werdet vernichtet werden.»

Der israelische Angriff auf den Mushtaha-Turm am Freitag zerstörte auch ein grosses Zeltlager neben dem Gebäude, in das Hunderte von vertriebenen Palästinensern aus den nördlichen und östlichen Stadtteilen geflohen waren, als das israelische Militär einmarschierte.

Um Samir al-Ajlouni, die aus dem Stadtteil Zaytoun vertrieben worden war, sass am Freitag vor ihrem Zelt in der Nähe des Mushtaha-Turms, als alle um sie herum zu schreien begannen, dass die Israelis das Gebäude bombardieren würden. Weniger als eine halbe Stunde später war das massive Gebäude zu Schutt und Asche geworden. «Als ich zu meinem Zelt zurückkehrte, fand ich nichts mehr vor. Das Zelt war dem Erdboden gleichgemacht, und die Habseligkeiten unserer Familie waren verstreut und verloren. Selbst das Brot, das ich für meine Kinder zubereitet hatte, konnte ich nicht finden», erzählte al-Ajlouni Drop Site. Sie sagte,

sie habe verzweifelt darüber nachgedacht, nach Süden zu gehen, um dort Zuflucht zu suchen, aber sie konnte es sich nicht leisten. «Ich habe kein Geld für den Transport, und mein Zelt wurde komplett zerstört, sodass ich keine Unterkunft mehr habe», sagte sie. «Wir werden eine lange Strecke zu Fuss zurücklegen müssen ... wir haben keine andere Wahl. Das Zelt, in dem wir gelebt haben, kostete 200 Schekel (60 Dollar), und heute ist sein Preis auf 4000 Schekel (1200 Dollar) gestiegen, eine Summe, die sich die meisten Familien nicht leisten können.»



Ein Mädchen sitzt inmitten der Trümmer des Zeltes ihrer Familie, nachdem israelische Luftangriffe das nahegelegene al-Rouya-Gebäude in Gaza-Stadt zerstört haben. 7. September 2025.
(Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabbah.)

Der Sprecher des Zivilschutzes, Mahmoud Bassal, bestätigte, dass die Offensive auf Gaza-Stadt, die letzten Monat begann, der gewalttätigste Angriff auf die Stadt ist, seit Israel am 18. März den Waffenstillstand gebrochen und seine genozidale Politik der verbrannten Erde wieder aufgenommen hat.

«Allein in den letzten zwei Tagen wurden mindestens 50 Wohngebäude vollständig zerstört und 100 weitere teilweise beschädigt, in denen Tausende von Vertriebenen untergebracht waren», sagte Bassal gegenüber Drop Site. «Die Angriffe richteten sich auch gegen Moscheen und Spielplätze und führten zur Zerstörung von mehr als 200 Zelten, die Vertriebenen gehörten, die in der Nähe der angegriffenen Gebäude lebten.» Bassal fügte hinzu, dass die Zivilschutzteams versuchen, auf zahlreiche Notrufe zu reagieren, in denen Menschen gemeldet werden, die unter den Trümmern eingeschlossen sind. «Nicht in allen Fällen haben die Bewohner eine Chance zu fliehen. Die meisten Angriffe auf Gebäude wurden ohne Evakuierungswarnungen durchgeführt, was zum Tod der Bewohner führte.»

Unter den Dutzenden von Palästinensern, die am Montag getötet wurden, war auch Osama Balousha, ein Fotojournalist, der bei einem israelischen Luftangriff auf sein Haus im Stadtteil Sheikh Radwan in Gaza-Stadt ums Leben kam. Damit stieg die Zahl der getöteten Journalisten laut Angaben des Medienbüros der Regierung in Gaza auf fast 250.

Neben Hunderten von Familien beherbergten viele der Hochhäuser in Gaza auch Unternehmen und Freizeitzentren. «Dieser Turm ist nicht nur ein Gebäude, wie Sie sehen können, es sind nicht nur übereinander gestapelte Stockwerke. Das sind Erinnerungen. Der Turm ist die Zeit, die wir hier gelebt haben. Ich habe hier im Fitnessstudio trainiert und meine Tage verbracht», erzählte Maher Haboush, ein Fitnesstrainer, der früher im Oxygen Club, einem bekannten Fitnessstudio im Al-Rouya-Gebäude, trainierte, am Sonntag, als er inmitten der Trümmer stand, gegenüber Drop Site. «Es gibt keine Freunde mehr, kein Geld mehr und nichts mehr, woran man sich erinnern könnte. Selbst die Erinnerungen nehmen sie uns weg.»

Sharif Abdel Kouddous und Jawa Ahmad haben zu diesem Bericht beigetragen.

Quelle: The Frontline of Israel's Ethnic Cleansing Campaign: Report from Gaza City

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-frontlinie-der-ethnischen-saeuberungskampagne-israels-bericht-aus-gaza-stadt/>

Kanada:

Vom Land unendlicher Weiten zum Vorreiter des globalen Todeskults – Euthanasie, mRNA und Profit vor Menschenleben Kanada steht an der Spitze des globalen Todeskults

Roger Watson via conservativewoman, September 9, 2025

Wenn Sie auf der «Santa Claus Route», der kürzesten Route über den Nordpol, in die Vereinigten Staaten fliegen, befinden Sie sich für einige Stunden der Reise über Kanada. Haben Sie einen Fensterplatz, werden Sie von der Weite des Landes beeindruckt sein. Ähnlich wie bei einem Flug über Australien gibt es Tausende

von Quadratkilometern unbewohntes Land oder «Meilen und Meilen von Nichts» (weniger höfliche Bezeichnungen werden oft verwendet).

Es gibt keine Lichter, keine Gebäude und keine sichtbaren Anzeichen für menschliches Leben. Wie in Australien sind auch hier riesige Gebiete noch nie erforscht worden. Selbst Vancouver Island vor der Küste von British Columbia ist zwar nur etwa ein Zehntel so gross wie das Vereinigte Königreich, hat aber ein grosses, noch nicht vollständig erschlossenes Landesinneres.

Natürlich besteht ein Grossteil des Landes aus dichten Wäldern und steilen Bergen. Dennoch bekommt man den Eindruck, dass Kanada ein Land mit riesigen Flächen und Ressourcen ist – und sicher schaffen es Menschen auch, in weniger bewohnbaren Gegenden der Welt zu leben.

Dennoch steht Kanada mit seinen riesigen Flächen und seinem Reichtum an natürlichen Ressourcen an der Spitze des globalen Todeskults zur Reduzierung der Weltbevölkerung. Vielleicht hat gerade die Tatsache, dass es über so viel Platz und Ressourcen verfügt, dazu geführt, dass es in der Rangliste der internationalen Todesfälle durch die Hand des Staates einen Spitzenplatz einnimmt.

Schliesslich ist die Rettung des Planeten wichtiger geworden als die Rettung von Menschenleben. Und was macht es schon, wenn es nutzbare Ressourcen wie Kohle, Öl und Seltenerdmetalle gibt? Fossile Brennstoffe sollen angeblich den Planeten zerstören – also warum nicht arme indonesische und afrikanische Kinder mit blossen Händen nach den Metallen der seltenen Erden graben lassen, statt unsere eigene Umwelt zu belasten und, Gott bewahre, dabei einige unserer Bäume zu fällen?

Medizinische Sterbehilfe (MAID), die so harmlos klingt, war 2016 in Kanada für etwa 1000 Todesfälle verantwortlich. Im Jahr 2023 waren es bereits 15'000 – ganze 4% aller Todesfälle in Kanada. Damit zieht das Land mit den Niederlanden gleich, wo es 4,1% sind. Man kann sich vorstellen, wie die Politiker und die Ärzteschaft in Kanada alles daransetzen, die Niederlande so schnell wie möglich zu überholen.

Es hat den Anschein, dass die Kanadier alles tun, um die Spitze zu erreichen – wie von Simon Caldwell letzte Woche und von Sally Beck im Mai auf diesen Seiten beschrieben. «*The Guardian*» schrieb: «Während medizinisch unterstützte Sterbehilfe in Kanada bisher nur für Menschen mit körperlichen Leiden legal ist, erwägt die Regierung möglicherweise eine Ausweitung auf fortgeschrittene Wünsche, die es Menschen mit Krankheiten wie Alzheimer und Demenz erlauben würden, ihren Tod zu beantragen, bevor die Krankheit ausbricht. Auch für psychisch Kranke soll Sterbehilfe nach jahrelangen Verzögerungen bis 2027 erlaubt werden.» Das dürfte die Statistik weiter anheizen. Laut Sallys Untersuchung wird dies bereits durch mitschuldige Medien als Bürgerpflicht verkauft: Keine Last zu sein – und man verspricht eine schmerzfreie Art zu sterben.

Man fragt sich daher, ob auch Veteranen der kanadischen Armee, die an posttraumatischer Belastungsstörung (PTBS) leiden, im Rahmen der neuen Gesetzgebung die Möglichkeit erhalten, ihr Leben zu beenden. Vielleicht existiert im Kleingedruckten bereits eine Regelung für Menschen, deren Pflege «unbequem» oder «zu teuer» ist.

Nun hat Kanada einen weiteren Schritt auf seiner Entvölkerungsagenda unternommen. Der Schritt ist nicht neu – er wird bereits seit Ende 2020 praktiziert. Doch der Unterschied ist: Kanada beendet nicht nur vorzeitig das Leben seiner Bürger, sondern profitiert auch noch davon. Während die USA beschlossen, die Entwicklung von mRNA-Impfstoffen zu verbieten und Verträge mit Moderna zu kippen, hat *Health Canada* (ein irreführender Name, wenn es je einen gab) die Herstellung des Moderna-Covid-Impfstoffs in Kanada genehmigt. Produktionsstätten entstehen in Cambridge (Ontario) und Laval (Quebec).

Der Impfstoff trägt den unheilvollen Namen «Spikevax» – und dieser sagt alles über die Absichten. Leser von *TCW* wissen um die schädlichen und teils tödlichen Wirkungen der Covid-Spike-Proteine, die durch die mRNA-Impfstoffe produziert werden und monatelang im Körper verbleiben.

Die «gute» Nachricht: Die Impfstoffe sollen in vorgefüllten Spritzen erhältlich sein, rechtzeitig für die «kom-mende Impfsaison», mit «schneller Lieferung». Was sollte man daran nicht mögen?

Eine Nation mit endlosem Land und grenzenlosem Potenzial beschäftigt sich nicht mit dem Aufbau einer Zukunft, sondern mit der Perfektionierung der Kunst, Leben frühzeitig zu beenden – und diesen Prozess zu Geld zu machen. Kanada könnte ein Vorbild für Widerstandsfähigkeit, Einfallsreichtum und Wachstum sein. Stattdessen entwickelt es sich zum Aushängeschild einer Welt, in der Menschen entbehrlich sind und Profit an erster Stelle steht.

Quelle: Canada spearheads the global death cult

Quelle: <https://uncutnews.ch/kanada-vom-land-unendlicher-weiten-zum-vorreiter-des-globalen-todeskults-euthanasie-mrna-und-profit-vor-menschenleben/>



Scott Ritter über das Ende der Ukraine und globale Spannungen und den gesellschaftlichen Zusammenbruch von Europa

uncut-news.ch, September 9, 2025

In der Sendung «Judging Freedom» vom 8. September 2025, moderiert von Richter Andrew Napolitano, analysiert Scott Ritter, ein ehemaliger US-Marine und UN-Waffeninspekteur, die aktuelle Lage in der Ukraine und erklärt, warum er glaubt, dass das Ende des Konflikts naht. Darüber hinaus spricht er über besorgniserregende Entwicklungen in der US-Aussen- und Innenpolitik, darunter die Tötung mutmasslicher Drogenhändler durch das US-Militär, die Umbenennung des Verteidigungsministeriums in «Kriegsministerium» und die gesellschaftlichen Umwälzungen in Europa. Ritter äussert sich auch zu den Spannungen mit Venezuela, der Rolle der NATO in Finnland und der Bedrohung durch einen möglichen Krieg zwischen Israel und dem Iran. Dieser Artikel fasst Ritters zentrale Thesen zusammen und beleuchtet die kontroversen Punkte seiner Analyse.

Ukraine: «Das Ende ist nahe»

Ritter erklärt, dass der Krieg in der Ukraine seinem Ende entgegengeht: «Wladimir Putin sagt, der Krieg sei vorbei. Er hat sein unvermeidliches Ende erreicht.» Laut Ritter ist die ukrainische Armee nicht mehr in der Lage, offensive Aktionen durchzuführen, und kann sich nur noch schwach verteidigen. Er zitiert Putin, der betont habe, dass die russischen Streitkräfte die Situation vollständig kontrollieren: «Die russische Armee dominiert, rückt vor, und in der Luft kann Russland jedes Ziel nach Belieben angreifen.» Ritter verweist auf die erschöpften Ressourcen der Ukraine: «Die westlichen Luftabwehrsysteme sind zusammengebrochen. Die Ukraine hat keine Luftabwehr, kein Geld und keine Waffen mehr.» Er erwähnt auch General Syrskyj, der öffentlich von Gegenangriffen spricht, aber privat zugibt: «Wir haben keine Munition, keine Waffen, und niemand liefert uns etwas. Wir stecken in grossen Schwierigkeiten.» Ritter beschreibt zudem eine finanzielle Krise, die zu einem gesellschaftlichen Kollaps führt, da die Ukraine weder Soldaten noch Politiker, Rentner oder Feuerwehrleute bezahlen kann: «Sie haben kein Geld. Wir sehen einen gesellschaftlichen Zusammenbruch.»

US-Militäraktionen: Mord oder Gerechtigkeit?

Ritter kritisiert scharf die jüngste Aktion des US-Militärs, bei der elf Menschen auf einem venezolanischen Fischerboot getötet wurden, ohne dass ihre Identität oder Straftaten nachgewiesen wurden. Er bezeichnet dies als «Mord» und eine Verletzung des Völkerrechts: «Wir wissen nicht einmal ihre Namen. Es gibt keine Beweise für Waffen oder Drogen an Bord.» Er stellt die Frage nach dem Rechtsstaat: «Wo bleibt der ordentliche Prozess? Müssen wir nicht das Boot stoppen, die Identitäten überprüfen, Anklagen erheben und sie vor Gericht stellen, bevor wir Gerechtigkeit walten lassen?» Ritter sieht in der Aktion ein gefährliches Signal, dass der US-Präsident glaubt, alles tun zu können, was er will: «Der Präsident sagte: «Ich bin der Präsident der Vereinigten Staaten. Ich kann tun, was ich will.» Das ist falsch. Er kann nur das tun, was die Verfassung erlaubt.» Er kritisiert auch die Aussage von Aussenminister Marco Rubio, der die Aktion als Botschaft an Drogenhändler verteidigte, und hebt hervor, dass selbst ausländische Personen ein Recht auf ordentliches Verfahren haben, wie es in der US-Verfassung durch den Begriff «Personen» (nicht nur Bürger) festgelegt ist.

Umbenennung des Verteidigungsministeriums: Symbolik oder Substanz?

Die geplante Umbenennung des US-Verteidigungsministeriums in «Kriegsministerium» sieht Ritter als mehr als nur symbolisch: «Ich glaube, es ist substanziell.» Er interpretiert dies als Teil eines neuen Ansatzes der US-Regierung, der die Missachtung von Rechtsstaatlichkeit und ordentlichem Verfahren zeigt: «Die USA sagen: Wir können tun, was wir wollen, wann wir wollen, wem wir wollen, und müssen uns niemandem erklä-

ren.» Ritter verweist auf die neue Nationale Sicherheitsstrategie, die auf dem Schreibtisch von Kriegsminister Pete Hegseth liegt und den Fokus auf die Verteidigung des Heimatlandes («Fortress America») legt, mit einer verstärkten Rolle der Nationalgarde innerhalb der USA. Er beschreibt dies als beunruhigend: «Washington DC ist bereits unter militärischer Besatzung. Los Angeles ist es, Chicago wird es bald sein. Der Präsident nutzt das Kriegsministerium, um Krieg gegen das amerikanische Volk zu führen.»

Europa: Gesellschaftlicher Zusammenbruch und Verlust der Souveränität

Ritter äussert sich besorgt über die politische Instabilität in Europa, insbesondere in Frankreich, Grossbritannien und Deutschland. Er spricht von einem «gesellschaftlichen Zusammenbruch» und einem «Verlust der Souveränität» aufgrund massiver Einwanderung: «Was früher die französische, britische oder deutsche Nation war, ist verloren gegangen an eine massive Zuwanderung von Menschen, die keine Loyalität zu diesen Staaten erklären.» Er betont, dass er nicht gegen den Islam sei, sondern die mangelnde Assimilation und die Absicht einiger Einwanderer kritisiert, die Scharia durchzusetzen. Ritter ist überrascht über die Passivität der Bevölkerung: «Ich bin erstaunt, dass es keine Gewalt auf den Strassen gibt.» Er prognostiziert eine radikale Veränderung in Deutschland, sobald die AfD an die Macht kommt, da diese auf einer Welle der Popularität reitet, während die Beliebtheit von Bundeskanzler Merz sinkt.

Venezuela: Auf dem Weg zum Krieg?

Ritter warnt vor einer drohenden militärischen Eskalation gegen Venezuela, angeführt von Aussenminister Marco Rubio, der zugleich als Nationaler Sicherheitsberater agiert. Er beschreibt Rubios anti-kommunistische Haltung, die auf seine kubanische Herkunft zurückzuführen sei, und seine langjährige Kritik am venezolanischen Regime: «Rubio sieht Venezuela aufgrund seiner Verbindungen zu Kuba und Russland als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA.» Ritter glaubt, dass die USA kurz vor einem massiven Schlag gegen Venezuela stehen könnten, um Präsident Maduro zu entmachten: «Ich wäre nicht überrascht, wenn die USA innerhalb eines Monats einen Angriff starten, um Maduro zu enthaupten und einen von der CIA unterstützten Putsch zu fördern.»

NATO in Finnland: Eine Bedrohung für Russland

Ritter sieht die Aufnahme Finnlands in die NATO als strategische Bedrohung für Russland, da die Grenze zu St. Petersburg und der Kola-Halbinsel, wo wichtige russische Militärressourcen stationiert sind, nahe liegt. Er erklärt, dass Russland als Reaktion einen neuen Militärbezirk mit 70'000 Soldaten aufbaut: «Russland sagt: Wenn ihr uns angreift, nehmen wir Helsinki und alles andere.» Er kritisiert Finnlands Entscheidung, die Neutralität aufzugeben, die seit dem Zweiten Weltkrieg Bestand hatte: «Finnland war neutral, weil die Sowjetunion es nach dem Krieg nicht absorbiert hat, obwohl Finnland an der Seite der Nazis kämpfte. Neutralität bedeutete Ewigkeit, aber Finnland hat das verletzt.» Ritter führt dies auf den Einfluss europäischer Eliten zurück, die eine anti-russische Haltung übernommen hätten.

Iran: Eine unterschätzte Macht

Ritter spricht auch über die Spannungen zwischen Israel und dem Iran. Er verweist auf iranische Dokumentationen, die zeigen, dass iranische Streitkräfte erfolgreich gegen israelische Angriffe operierten: «Israelische Flugzeuge mussten Angriffe abbrechen, weil die iranische Luftabwehr effektiv war.» Er betont, dass der Iran nicht besiegt wurde und selbstbewusst auftritt: «Der Iran sagt: Ihr habt um einen Waffenstillstand gebeten, und beim nächsten Mal wird es für euch nicht gut enden.» Ritter glaubt, dass die israelische Militärführung die Stärke des Iran erkennt und Netanjahu unter Druck setzt, einen neuen Krieg zu vermeiden, da Israels Verteidigungssysteme, etwa gegen Drohnen aus dem Jemen, Schwächen zeigen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/scott-ritter-ueber-das-ende-der-ukraine-und-globale-spannungen-und-der-gesellschaftliche-zusammenbruch-von-europa/>



Neue US-Regierung, neue Wunderwaffen für die Ukraine

Brian Berletic, September 9, 2025

Die USA haben Pläne für die Lieferung von 3350 luftgestützten ERAM-Raketen (Extended Range Attack Munition) an die Ukraine bekannt gegeben. Dies ist eine weitere Eskalation in einem Krieg, den die derzeitige Trump-Administration im US-Präsidentenwahlkampf 2024 versprochen hatte, innerhalb von «24 Stunden» zu beenden.

Ein weiteres Beispiel für die Kontinuität der US-Aussenpolitik ist das ERAM-Programm, das unter der vorherigen Biden-Regierung begann und unter dem derzeitigen US-Präsidenten Donald Trump ohne Unterbrechung fortgesetzt wurde.

Die ERAM (nicht zu verwechseln mit der Luftabwehrrakete RIM-174 Standard Extended Range Active Missile, auch ERAM oder SM-6 genannt) ist im Wesentlichen eine turbinengetriebene Gleitbombe. Ein wahrscheinlicher Kandidat für das Rüstungsprogramm ist die Boeing PJAM – «powered joint direct attack munition». Die ERAM ähnelt den Gleitbomben, die die USA bereits in grossen Mengen an die Ukraine geliefert haben, hat aber eine grössere Reichweite, die laut «The War Zone» (TWZ) zwischen 240 und 450 Kilometern liegen soll.

Mit dieser motorisierten Gleitbombe könnte man weit hinter den russischen Linien zuschlagen – weiter als mit bisherigen westlichen Waffen wie HIMARS, ATACMS, luftgestützten Marschflugkörpern und Standard-Gleitbomben, auf denen die ERAM wahrscheinlich basiert. Doch die ERAM ist keine «Wunderwaffe», die den Verlauf des Konflikts verändert; sie ist eine verspätete und wahrscheinlich unzureichende Antwort auf eine strategische Realität, die Russland und seine Verbündeten bereits geschaffen haben.

Hype versus Realität

Die Berichterstattung über die Lieferung von ERAM war zweideutig: Während die von den USA unterstützten ukrainischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld immer weniger Erfolg hatten und der Westen aufgrund seiner schwachen industriellen Basis unter Waffenmangel litt, hiess es in den Schlagzeilen, 3350 Raketen seien auf dem Weg. Tatsächlich hat die Produktion erst begonnen. Die ersten 1000 Raketen sollen in zwei Jahren eintreffen, der Rest verteilt über bis zu drei Jahre oder länger.

Selbst wenn sofort 3350 Raketen verfügbar wären, bleibt ein entscheidender Engpass: Es handelt sich um luftgestützte Munition – die Ukraine braucht Kampfflugzeuge und Piloten, um sie einzusetzen. Schon bei anderen Systemen wie Storm Shadow, SCALP, JDAM oder der französischen AASM Hammer zeigte sich, dass die eingeschränkten ukrainischen Luftstreitkräfte deren Potenzial nicht ausschöpfen konnten.

Russlands Luftabwehr verschärft diese Probleme zusätzlich. Sie bekämpft nicht nur ukrainische Flugzeuge und deren Munition, sondern versucht auch, die Infrastruktur der ukrainischen Luftwaffe am Boden zu zerstören. Zwar bietet die grössere Reichweite der ERAM etwas mehr Sicherheit bei Einsätzen, doch die geringe Anzahl von Raketen und einsatzfähigen Flugzeugen bedeutet, dass in den ersten Jahren nur ein sehr begrenzter Einsatz möglich wäre – vielleicht eine Rakete pro Tag oder ein grösserer Schlag pro Woche.

Um Russlands Luftabwehr tatsächlich zu überwinden, wären massive Salven nötig – weit mehr, als realistisch verfügbar sein werden. Verglichen mit dem Tempo russischer Luft-, Raketen- und Drohnenangriffe wird der Einsatz von ERAMs keinen spürbaren Unterschied machen.

Eine Zermürbungsschlacht, die Russland gewinnt

Bereits bis Ende 2023 setzte Russland laut Reuters 7400 Raketen und 3700 Geran-2-Drohnen ein. Seitdem hat Moskau Produktion und Einsatz deutlich gesteigert. Nach ABC News feuerte Russland im Jahr 2025 allein in einem Monat 6400 Raketen und Drohnen auf die Ukraine.

Ukrainische Geheimdienstberichte nennen jährliche Produktionsmengen von 2100 bis 2580 Raketen verschiedener Typen – Tendenz steigend. Während anfangs grosse Bestände genutzt wurden, erreicht Russlands Industrie nun ein Niveau, das solche Offensiven nachhaltig ermöglicht.

Das ERAM-Programm ist somit eher ein Eingeständnis der Schwächen der US-Rüstungsindustrie. Es soll die Defizite gegenüber der massiven und wachsenden russischen Produktion ausgleichen.

Die Realität der Zermürfung

Nach dem Kalten Krieg strebten die USA die Rolle der einzigen Supermacht an. Pentagon-Dokumente aus den frühen 1990er-Jahren zielten explizit darauf ab, die amerikanische Vormachtstellung mit militärischer Macht und wirtschaftlichem Einfluss zu sichern. Jahrzehnte von Interventionen und Angriffskriegen gegen schwächere Staaten schufen den Mythos einer unangefochtenen US-Überlegenheit.

Doch der Ukraine-Krieg zeigt: Hochtechnologische, teure US-Waffen sind gegen einen gleichwertigen Gegner unzureichend – vor allem, wenn sie in geringen Stückzahlen produziert werden. Der Glaubenssatz «Qualität vor Quantität» ist gescheitert. Russland hat die Übermacht an Feuerkraft, von Artillerie über Raketen bis Drohnen und Gleitbomben.

Russische präzisionsgelenkte Waffen erweisen sich nicht nur als ebenso wirksam, sondern auch als billiger und zahlreicher. Der Unterschied liegt im Modell: Während der Westen seine Rüstungsindustrie profitorien-

tiert organisiert, basiert die russische Industrie auf staatlichen Unternehmen mit Zweckorientierung. Russland produziert, was gebraucht wird, unabhängig von Gewinn.

Hinzu kommt eine breitere gesellschaftliche Basis: Russland bringt jährlich ähnlich viele MINT-Absolventen hervor wie die USA, bei deutlich kleinerer Bevölkerung. Mit Partnern wie China und Indien hat Moskau Zugang zu noch grösseren Pools an Fachkräften und industriellen Kapazitäten

Fazit

Das ERAM-Programm versucht, den westlichen Ansatz zu korrigieren. Doch es bleibt ein Flickwerk gegenüber Russlands wachsenden Produktionskapazitäten. ERAM ist keine Wunderwaffe, sondern ein verspätetes Symbol für Amerikas strukturelle Schwäche im Zermübungskrieg.

Die multipolare Welt wird nicht durch westliche «Technologie-Sprünge» entschieden, sondern durch widerstandsfähige, zweckorientierte Industrie- und Gesellschaftsstrukturen. Russland und seine Partner haben diesen Weg längst eingeschlagen.

Während Washington weiterhin Informationskriege und politische Einflussnahme betreibt, nimmt seine Fähigkeit, diese mit echter militärischer Macht zu untermauern, zunehmend ab.

Die ERAM ist nicht der Wendepunkt. Sie ist das Eingeständnis, dass die alte Erzählung von der westlichen Überlegenheit längst in Trümmern liegt.

Quelle: New US Administration, New Wonder Weapons for Ukraine

Quelle: <https://uncutnews.ch/neue-us-regierung-neue-wunderwaffen-fuer-die-ukraine/>



Ein Artikel von: Jens Berger, 10. September 2025 um 11:00

Titelbild: e-crow/shutterstock.com

Nachdem Israel gestern einen Luftangriff auf das Hamas-Verhandlungsteam in Katar ausgeführt hat, haben sowohl im Westen als auch in der arabischen Welt einmal mehr altbekannte Rituale eingesetzt. Man vergiesst Krokodilstränen und tut so, als sei man empört – Schlafwandler und Phrasendrescher. Israels ewige Schutzmächte USA und Deutschland sowie arabische Staatschefs, denen das Schicksal der Palästinenser herzlich egal ist, gehören zum festen Repertoire der einstudierten Empörung. Und sage noch mal wer, «wir» hätten aus der Geschichte gelernt. Ein desillusionierter Kommentar von Jens Berger.

Die Herren Merz und Wadeputz sind erstaunt. Der Angriff auf Katar sei nicht vom Völkerrecht gedeckt gewesen! Ei der Daus! Waren Israels Angriffe auf iranischen, libanesischen, syrischen, jemenitischen und erst gestern vermeintlich auch auf tunesischen Boden etwa durch das Völkerrecht gedeckt? Ist der Völkermord in Gaza durch das Völkerrecht gedeckt? Man muss diese rhetorischen Fragen nicht ernsthaft diskutieren, sondern sollte erstaunt sein, dass ein deutscher Kanzler und ein deutscher Außenminister mit ihren gespielteren wie absurden Erstaunensäusserungen überhaupt durchkommen.

Und nun? Sind die beiden Politgrößen jetzt so erstaunt, dass sie ihrem Erstaunen auch Taten folgen lassen? Werden sie sich jetzt beispielsweise auf EU-Ebene für eine Aussetzung des Assoziationsabkommens

einsetzen? Natürlich nicht. Erstaunen hin, Erstaunen her. Selbst wenn die EU-Kommission nun Massnahmen vorschlägt, wird Deutschland dies sicher zu blockieren wissen. Israel hat eine Carte blanche bei allem, was es tut. Das ist ja angeblich unsere Staatsraison. Ist das so? Mich hat keiner gefragt. Sie etwa?

Aber damit sind wir nicht allein. Auch in den USA wird ja regelmässig die gleiche Tragikomödie gespielt. Man ist erstaunt, brabbelt ein paar kritische Worte und setzt daraufhin doch wieder all seine politische, militärische und wirtschaftliche Macht ein, um Israel zu schützen. Ganze 49mal haben die USA bereits im UN-Sicherheitsrat durch ihr Veto eine ansonsten einstimmige Resolution gegen Israel verhindert. Da kann UN-Generalsekretär Guterres den Angriff auf Katar noch so oft eine «flagrante Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität Katars» nennen und da können Staaten wie Algerien und Pakistan noch so oft den UN-Sicherheitsrat wegen des Angriffs anrufen – Folgen wird dies ohnehin nicht haben, da die USA wieder einmal ihr Veto einlegen und Israel vor den Folgen seiner Verbrechen beschützen werden.

Öffentlich zelebriert wird auch wieder das alte Spiel «Wer wusste von was». Wusste Trump Bescheid? Wussten die Kataris Bescheid? Ist das überhaupt relevant? Wenige Stunden nach dem Angriff hatte Katar zumindest nichts Besseres zu tun, als seine Vermittlerrolle zwischen Israel und der Hamas aufzukündigen – so lange, bis «beide Parteien ihre Bereitschaft und Ernsthaftigkeit zeigen, den brutalen Krieg zu beenden». Also bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Einen grösseren Gefallen könnte Katar der israelischen Regierung gar nicht machen. Nun kann Netanjahu darauf verweisen, dass es seitens der Hamas gar kein Verhandlungsangebot gäbe und die leidige – vor allem in Israel heiss debattierte – Frage, warum man keine Verhandlungen über die immer noch verschleppten Geiseln führe, stellt sich nicht mehr. Mission accomplished. Zwar haben die israelischen Angriffe – arabischen Medien zufolge – die Hamas-«Führungsspitze» in Katar verfehlt, ihr Ziel – den letzten Verhandlungsdraht zu kappen – haben sie dennoch erfüllt.

Aber ja. Die Araber. Auch die arabischen Staats- und Regierungschefs geben sich im Ticker von Al-Jazeera mal wieder ganz empört. Und täglich grüsst das Murmeltier. Werden dieser Empörung irgendwelche Taten folgen? Natürlich nicht. Die Palästinenser sind den arabischen Regierungen mittlerweile herzlich egal. Dennoch stellt die «palästinensische Frage» für sie einen Ritt auf der Rasierklinge dar, fühlen sich ihre Untertanen doch mit den Palästinensern verbunden. Wie viel davon nun ritualisierter Klimbim und wie viel ernstzunehmende Empörung ist, ist von aussen freilich schwer zu sagen.

Die Palästinenser sind – so hart das klingt – die Opfer einer zynischen Realpolitik. Der Völkermord wird dem «grösseren Interesse» untergeordnet. Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt? In der Schule haben wir damals Rolf Hochhuths Drama «Der Stellvertreter» besprochen, in dem es um das Schweigen des Papstes zum Holocaust geht. Aber es war ja nicht nur der Papst, irgendwie war damals die ganze politische Welt trotz besseren Wissens eher ambivalent in dieser Frage. Damals waren wir Schüler uns einig – sowas wird nie wieder passieren. Nie wieder? Wie naiv wir doch waren.

Quelle: <https://www.nachdenkenseiten.de/?p=138743>

Gesamter UN-Sicherheitsrat mit Ausnahme der USA bezeichnet Hungersnot in Gaza als «menschengemacht», zehn weitere Menschen verhungern

Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen räumte zwar ein, dass «Hunger in Gaza ein reales Problem» sei, wiederholte aber die widerlegte Behauptung, die weltweit führende Autorität in Sachen Hunger habe ihre Standards für die Ausrufung einer Hungersnot gesenkt.

Brett Wilkins

Alle Mitgliedsstaaten des UN-Sicherheitsrats mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika bekräftigten am Mittwoch, dass die von Israel inszenierte Hungersnot in Gaza «menschengemacht» sei, nachdem zehn weitere Palästinenser verhungert waren inmitten einer sich verschärfenden Krise, die UN-Experten als Anlass für eine Verschärfung der Lage angaben.

Vierzehn der 15 Mitglieder des Sicherheitsrats veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der sie einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza, die Freilassung aller noch von der Hamas festgehaltenen Geiseln und die Aufhebung aller israelischen Beschränkungen für Hilfslieferungen in den umkämpften Gazastreifen forderten, wo Hunderte Palästinenser verhungert sind und Hunderttausende weitere hungern.

«Die Hungersnot in Gaza muss sofort beendet werden», sagten sie. «Die Zeit drängt. Die humanitäre Notlage muss unverzüglich angegangen werden, und Israel muss seinen Kurs ändern.»

«Wir bringen unsere tiefe Besorgnis und Bestürzung über die am vergangenen Freitag veröffentlichten IPC-Daten zu Gaza zum Ausdruck. Sie bestätigen eindeutig eine Hungersnot», heisst es in der Erklärung unter Bezugnahme auf die Einstufung der Phase 5 der Integrierten Ernährungssicherheits-Klassifikation (ICC) in den Gazastreifen als Hungerkatastrophe.

«Wir vertrauen der Arbeit und Methodik des IPC», erklärten die 14 Länder. «Dies ist das erste Mal, dass eine Hungersnot im Nahen Osten offiziell bestätigt wurde. Täglich sterben mehr Menschen an Unterernährung, viele davon Kinder.»

«Dies ist eine von Menschen gemachte Krise», betont die Erklärung. «Der Einsatz von Hunger als Kriegswaffe ist nach dem humanitären Völkerrecht eindeutig verboten.»

Israel, das vor dem Internationalen Gerichtshof der Vereinten Nationen mit einem Völkermordverfahren konfrontiert ist, bestreitet die Existenz einer Hungersnot im Gazastreifen. Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und der ehemalige Verteidigungsminister Yoav Gallant werden vom Internationalen Gerichtshof wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Mord und erzwungenes Verhungern, per Haftbefehl gesucht.

Die 14 Länder, die die gemeinsame Erklärung abgegeben haben, sind: Algerien, China, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Guyana, Pakistan, Panama, die Republik Korea, die Russische Föderation, Sierra Leone, Slowenien, Somalia und das Vereinigte Königreich.

Die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Dorothy Shea, räumte zwar ein, dass «Hunger in Gaza ein reales Problem ist und ein erheblicher humanitärer Bedarf besteht, der gedeckt werden muss», lehnte die Resolution und die Ergebnisse des IPC jedoch ab.

«Wir können Probleme nur mit Glaubwürdigkeit und Integrität lösen», sagte Shea vor dem Sicherheitsrat. «Leider hält der jüngste Bericht des IPC beidem nicht stand.»

Shea wiederholte zudem die widerlegte Behauptung, die «normalen Standards des IPC wurden für die Hungersnot-Erklärung des IPC geändert.»

Die Behauptung des Sicherheitsrats, die Hungersnot im Gazastreifen sei menschengemacht, spiegelt die Erkenntnisse von Ernährungsexperten wider, die Israel vorwerfen, eine sorgfältig geplante Kampagne zur Massenverhungern im Gazastreifen zu inszenieren.

Das UN-Büro für Palästinensische Rechte und humanitäre UN-Beamte warnten am Mittwoch ebenfalls, die Hungersnot in Gaza werde «nur noch schlimmer».

«Über eine halbe Million Menschen sind derzeit von Hunger, Armut und Tod bedroht», sagten die humanitären Experten. «Bis Ende September könnte diese Zahl 640'000 übersteigen.»

«Wenn jetzt nicht gehandelt wird, wird dies irreversible Folgen haben», fügten sie hinzu. Von «Gideons Streitwagen 2» intensiviert, die darauf abzielt, rund eine Million Palästinenser aus Gaza zu vertreiben, Gaza zu besetzen und ethnisch zu säubern. Berichten zufolge soll die Stadt in ein Konzentrationslager in den Ruinen der südlichen Stadt Rafah verlegt werden.

Das Gesundheitsministerium von Gaza (GHM) meldete am Mittwoch zehn weitere palästinensische Todesfälle «aufgrund von Hunger und Unterernährung» in den letzten 24 Stunden, darunter zwei Kinder. Damit steigt die Zahl der Hungeropfer auf mindestens 313, davon 119 Kinder.

Insgesamt hat Israels 691-tägiger Angriff und die Belagerung des Gazastreifens laut GHM mindestens 230'000 Palästinenser als getötet, verstümmelt oder vermisst hinterlassen.

erschieden am 27. August 2025 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_08_31_gesamterunsicherheitsrat.htm

Deutsche Waffenhändler – Merz & Co. treiben den Krieg an

Autor: Uli Gellermann/Datum: 09.09.2025

Krieg ist für Profiteure nur richtig schön, wenn ein paar Millionen dabei rumkommen, auch Milliarden werden gern genommen. Der Herr Papperger von Rheinmetall reibt sich gerade ohne Ende die Hände: Ein dreistelliger Millionen-Betrag wird das Luftverteidigungssystem Skyranger kosten, das der Herr gerade auf der Verteidigungsmesse DSEI in London an die Ukraine verscherbelt hat. Natürlich mit der freundlichen Genehmigung der Regierung, die nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz ihre Zustimmung zum blutigen Deal geben muss.

Zur Kontrolle der Waffenhändlerei

Das Gesetz zur Kontrolle der Waffenhändlerei wurde am 19. April 1961 verabschiedet. Es stammte noch aus der Zeit der Alliierten und der Überwindung des Hitlerfaschismus: Man wusste noch genau, was die deutsche Industrie und ihr Staat mit Waffen anrichten konnten. Diese Erkenntnis ist für die Kriegstreiber natürlich der Schnee von gestern: In der Ukraine geht es gegen Russland; gegen Russland verliert Deutschland Kriege am liebsten, also ran an den Deal, in den Büros der «besseren Leute» kennt man keine Kriegskrüppel - und Blutspritzer machen sich am besten auf weissen Westen.

BlackRock-Kanzler mit Hetzrede

Damit der Waffenhandel einen moralischen Anstrich bekommt, meldet sich der BlackRock-Kanzler Merz zu Wort. In einer Hetzrede vor den Leitern der deutschen Auslandsvertreter schwor er die deutschen Diplomaten auf den Ostkurs ein: Wladimir Putins «imperialistischer Plan (würde) nicht mit der Eroberung der Ukraine enden, sondern damit erst beginnen». Klar, wenn die Deutschen aufrüsten, ist immer der Russe schuld.

Bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945

Diese perverse Logik begann am 22. Juni 1941 mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion. Er endete am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht in Berlin. Dazwischen lagen Jahre voller Tod und Verderben. Dass die Russen den Deutschen diese Zeit vergeben haben, erstaunt die Bobachter immer noch. Aber die Russen haben sie nicht vergessen. Vor allem: Sie sind seit dem deutschen Überfall gut gerüstet.

Recht zur Selbstverteidigung

Schon der Versuch, die Ukraine als NATO-Sprungbrett zu installieren, war ein Grund, die Karte der Selbstverteidigung zu ziehen; war der Auslöser zur «Speziellen Militäroperation» in der Ukraine. Aber der Gründe waren mehr: Dass Deutschland mit dem Diebstahl der russischen Anteile an der Firma «Rosneft» bereits einen prima Kriegsgrund geliefert hat, wird in den deutschen Propagandamedien gern übersehen, ist aber nach dem Völkerrecht ein aggressiver Akt Deutschlands gegen Russland, der den Russen einen guten Verteidigungsgrund liefert. Das Recht zur Selbstverteidigung ist in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen festgelegt und stellt eine Ausnahme vom Gewaltverbot dar.

Diebstahl bleibt Diebstahl

Zwar nennt das Bundeswirtschaftsministerium die Verlängerung des Diebstahls am 8.9.2025 eine «Verlängerung der Treuhandschaft des Bundes über die Anteile des russischen Staatskonzerns Rosneft an der Raffinerie PCK in Schwedt (Uckermark)», aber eine Enteignung ohne jede Rechtsgrundlage bleibt Diebstahl, wie sie auch immer kostümiert ist. Auch deshalb labern Merz & Co. über «russischen Imperialismus»: Das Wort vom «russischen Imperialismus» ist eine billige Tarnung für das, was man «Raub» nennen muss.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/deutsche-waffenhaendler>

Das Versprechen des Westens zur NATO-Osterweiterung

Maren Müller, Veröffentlicht in News, Tagged with NATO, NATO-Osterweiterung, Osteuropa, Russland, Sowjetunion, USA, Veröffentlicht am 27. August 2025



Michail Gorbachev discussing German unification with Hans-Dietrich Genscher and Helmut Kohl in Russia, July 15, 1990. Photo: Bundesbildstelle / Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Diverse Medien machen aktuell mal wieder mobil und behaupten, dass es sich bei dem Versprechen, die NATO nicht gen Osten zu erweitern, um eine Lüge Putins und eine beliebte Verschwörungstheorie handelt. Angeblich setze Putin «in seinem (!) Krieg gegen die Ukraine» militärische und psychologische Waffen ein.

Zu letzteren gehöre die Verfälschung geschichtlicher Tatsachen rund um die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands. Dabei vergessen sie, dass die Zusicherungen des Westens, die NATO nicht zu erweitern, bereits 2017 durch freigegebene Dokumente belegt wurde. Die folgende gekürzte Fassung eines Kapitels aus dem Buch von Jacques Baud «Putin – Herr des Geschehens?» gibt Aufschluss.

Die NATO an der russischen Grenze verkürzt bei einem Angriff die Reaktionszeit und erhöht das Risiko eines Atomwaffeneinsatzes

Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems ändert sich die geopolitische Karte Europas. Die NATO-Osterweiterung mit der Integration Ungarns, Tschechiens und Polens 1999, dann der drei baltischen Länder, der Slowakei, Sloweniens, Rumäniens und Bulgariens 2004 schiebt die NATO unerbittlich auf die russische Grenze zu.

Zunächst sieht Russland keine Bedrohung in dieser Entwicklung. Aber Anfang der 2000er-Jahre, als die Amerikaner in Erwägung ziehen, Raketenabwehrsysteme (BMD: Ballistic Missile Defense Systems) in Osteuropa zu stationieren, nehmen die Dinge eine neue Wende. Die Ankündigung eines «intensiven Dialogs» mit der Ukraine und Georgien im Hinblick auf eine Aufnahme im Jahr 2008 bekommt damit eine neue Dimension.

Obwohl sie häufig als ein unseriöses, von Russland verbreitetes Gerücht dargestellt werden, sind die Zusicherungen des Westens, die NATO nicht zu erweitern, von zahlreichen freigegebenen Dokumenten belegt. Im Dezember 2017 wurden sie vom Archiv für Nationale Sicherheit der George-Washington-Universität der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.¹

Im Jahr 2021 verkündet der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg den Standpunkt der Allianz: «Es hat niemals ein Versprechen gegeben, dass sich die NATO nach dem Fall der Berliner Mauer nicht nach Osten ausdehnt.» (3) Damit sagt er nicht die Wahrheit.

Es ist korrekt, dass weder Verträge noch eine Entscheidung des Nordatlantikrats (NAC) vorliegen, die solche Zusicherungen belegen. Das heisst aber nicht, dass sie nicht ausgesprochen wurden!

Bedingung der deutschen Wiedervereinigung

Erstens haben wir heute den Eindruck, die UdSSR habe als «Verliererin des Kalten Kriegs» kein Mitspracherecht mehr an der Entwicklung des Weltgeschehens gehabt. Das ist falsch. Seit November 1989 lag die Idee von einer Wiedervereinigung Deutschlands in der Luft. Der Westen wusste aber, dass die UdSSR als Sieger über Deutschland im Jahr 1945 de jure ein Vetorecht in Bezug auf eine Wiedervereinigung hatte. Der Westen war also verpflichtet, die Zustimmung der UdSSR zu erhalten und ihrem legitimen Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen.

Genau das sagte der deutsche Aussenminister Hans-Dietrich Genscher in seiner Ansprache vom 31.1.1990 im bayerischen Tutzing, wie die amerikanische Botschaft in Bonn berichtete:

«Genscher warnt jedoch, dass jeder Versuch, die Militärstrukturen der NATO auf das Gebiet der heutigen DDR auszuweiten, die Deutsche Einheit blockieren würde.»

Denn für die UdSSR würde dies bedeuten, dass sich die NATO ipso facto der sowjetischen Grenze annäherte. Zu jenem Zeitpunkt existierte der Warschauer Vertrag noch und die NATO-Doktrin blieb unverändert. Deshalb war es legitim für die UdSSR, darin ein Sicherheitsrisiko zu sehen. Zusätzlich nahm die UdSSR mit der deutschen Wiedervereinigung auch den Abzug ihrer Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), ihres stärksten und modernsten Truppenverbands, in Kauf, was eine bedeutende Schwächung ihrer strategischen Position in Europa zur Folge hatte. Deshalb stellte Genscher klar:

«Die Veränderungen in Europa und der deutsche Einigungsprozess dürfen nicht zu einer Beschneidung der sowjetischen Sicherheitsinteressen führen. Daher sollte die NATO eine Gebietserweiterung nach Osten, d.h. ein Heranrücken an die sowjetischen Grenzen, ausschliessen.»

Michail Gorbatschow hat sehr schnell seine Zustimmung an Bedingungen geknüpft. Um Gorbatschows Befürchtungen zu zerstreuen, erklärte US-Aussenminister James Baker am 9.2.1990:

«Nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für andere europäische Länder ist es wichtig, Garantien zu haben, dass, wenn die Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Deutschland im Rahmen der NATO beibehalten, sich der derzeitige militärische Hoheitsbereich der NATO keinen Zoll weit nach Osten ausweiten wird.»

Es hat also Versprechungen gegeben, einfach deshalb, weil der Westen keine andere Möglichkeit hatte, die Zustimmung der UdSSR für die Wiedervereinigung Deutschlands zu bekommen. Gorbatschow hat demnach die deutsche Wiedervereinigung einzig und allein deshalb akzeptiert, weil er Zusicherungen vom Präsidenten George H. W. Bush und James Baker, von Kanzler Helmut Kohl und seinem Aussenminister Hans-Dietrich Genscher, von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, ihrem Nachfolger John Major und dem Aussenminister von beiden, Douglas Hurd, dem französischen Präsidenten Mitterand, aber auch vom Direktor der CIA Robert Gates und von Manfred Wörner, dem damaligen NATO-Generalsekretär, bekam. (3)

Im Februar 2022 enthüllt Joshua Shiffrin im deutschen Magazin Der Spiegel ein als «geheim» eingestuftes Dokument vom 6.3.1991. Es wurde erstellt nach einem Arbeitstreffen der politischen Leiter der Außenministerien der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Es gibt die Worte von Jürgen Chrobog, dem deutschen Vertreter, wieder: (4)

«Wir haben während der 2+4-Gespräche klar darauf hingewiesen, dass wir die NATO nicht jenseits der Elbe erweitern werden. Wir können deshalb Polen und den anderen keinen NATO-Beitritt vorschlagen.»

Die Vertreter der drei anderen NATO-Länder akzeptierten ebenfalls den Gedanken, den anderen osteuropäischen Ländern keinen NATO-Beitritt anzubieten. Der amerikanische Vertreter Raymond Seitz erklärte:

«Wir haben der Sowjetunion klar zu verstehen gegeben, in den 2+4-Verhandlungen und anderswo, dass wir aus dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Osteuropa keinen Profit schlagen werden.»

Versprechen sind ein gültiger Rechtsakt

Es gab also einen «Deal», und zwar unabhängig von schriftlichen Zeugnissen. Schlicht und einfach deshalb, weil ein «Deal» unumgänglich war. Und im internationalen Recht ist ein «Versprechen» ein einseitig gültiger Rechtsakt, der eingehalten werden muss («pacta sunt servanda»).

Das kommunistische System war nicht mehr lebensfähig und ist von sich aus zusammengebrochen. Nichtsdestotrotz haben die amerikanischen «Falken» eine Gelegenheit gesehen, um Russland vollkommen zu zerstören. Robert M. Gates, ehemaliger (Vize-)Direktor der CIA (1986–1993), enthüllt in seinen Erinnerungen, dass der damalige Verteidigungsminister Richard (= Dick) Cheney bestrebt war, Russland zu vernichten: (5)

«Als die Sowjetunion Ende 1991 zusammenbrach, wollte Dick [Cheney] nicht nur die Zerschlagung der Sowjetunion und des russischen Imperiums, sondern auch von Russland selbst.»

So hat man die schönen Versprechen von 1990/1991 schnell vergessen, und die Länder des «neuen Europa» – nach dem Ausdruck von Donald Rumsfeld – haben sich ab 1999 nach und nach dem Nordatlantikbündnis angeschlossen. Robert M. Gates erklärt im Juli 2000:

«In einer Zeit der besonderen Demütigung und Schwierigkeit für Russland hat das Vorantreiben der NATO-Osterweiterung, als man Gorbatschow und andere glauben liess, sie würde nicht stattfinden, zumindest nicht in absehbarer Zeit, denke ich, nicht nur das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Russland getrübt, sondern hat es schwieriger gemacht, konstruktiv mit den Russen zusammenzuarbeiten.»

Für die Länder Osteuropas war die Zugehörigkeit zur NATO ein obligatorischer Schritt auf dem Weg einer tieferen Integration in westliche Strukturen. Die Abfolge der Ereignisse lässt eine ungeschriebene Regel erkennen, wonach die NATO-Mitgliedschaft systematisch dem Beitritt zur Europäischen Union vorausging, der damals als Garantie für schnelle Entwicklung und Wohlstand angesehen wurde und das eigentliche Ziel dieser Länder darstellte.

Dies wurde begünstigt durch ihre Teilnahme an den Koalitionen, welche die USA für Afghanistan und den Irak bildeten. Auf diese Weise haben die Vereinigten Staaten im wahrsten Sinne des Wortes Länder «gekauft». Und zwar solche, die käuflich und bereit waren, die niederen Arbeiten im Nahen Osten für sie auszuführen (die Folterprogramme der CIA eingeschlossen). Übrigens hat die «New York Times» im Jahr 1998 aufgedeckt, dass die Ausdehnung der NATO von der Waffenlobby in den Vereinigten Staaten gefördert wurde. Sie habe rund 51 Millionen US-Dollar ausgegeben, um amerikanische Politiker zu diesem Zweck zu bestechen. (6)

In den 1990er-Jahren sahen die russischen Eliten die NATO nicht als eine Bedrohung an. Deshalb haben sie auch nie ihre Auflösung gefordert. Sie sahen vielmehr in der Allianz den Sockel einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur, an der Russland gleichberechtigt teilhaben könnte.

Beitritt der Länder Osteuropas zur NATO und zur Europäischen Union:

Tschechien März 1999 / Mai 2004

Ungarn März 1999 / Mai 2004

Polen März 1999 / Mai 2004

Bulgarien März 2004 / Jan. 2007

Estland März 2004 / Mai 2004

Lettland März 2004 / Mai 2004

Litauen März 2004 / Mai 2004

Rumänien März 2004 / Jan. 2007

Slowakei März 2004 / Mai 2004

Slowenien März 2004 / Mai 2004

Albanien April 2009

Kroatien April 2009 / Juli 2013

Montenegro Mai 2017

Nordmazedonien März 2020

Dem Beitritt der Länder des «neuen Europa» zur Europäischen Union ging immer derjenige zur NATO voraus. Ohne NATO kein Beitritt zur EU. Der NATO-Beitritt erfolgte weniger aus Angst oder Hass in Bezug auf Russland als wegen der Aussicht auf Wohlstand, den die EU bringen sollte.

Die Ukraine-Krise zeigt das Fehlen von strategischem Denken im Westen auf. Man hat zugelassen, dass die NATO die russische Grenze berührt. Als Folge davon haben weder die NATO noch Russland eine Pufferzone, die ihnen die Möglichkeit geben würde, auf einen Angriff zu reagieren, ohne sich gleich auf der atomaren Ebene zu begegnen. Indem sie das unantastbare russische Staatsgebiet direkt berührt, setzt sich die NATO – insbesondere die osteuropäischen Mitglieder – dem Risiko aus, fast unmittelbar in einen atomaren Konflikt verwickelt zu werden.

Hieraus erklären sich die zwei Vorschläge, die Russland noch Mitte Dezember 2021 den Vereinigten Staaten und der NATO übermittelt hat. Sie tragen die Titel:

«Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien»

sowie

«Abkommen über die Massnahmen zur Wahrung der Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und den Mitgliedstaaten des Nordatlantikpakts».

Im Westen sprechen «linke Rechtsextreme» von einem «Ultimatum» (7) und behaupteten, Wladimir Putin habe erklärt, «die zwei Vertragsentwürfe seien nicht verhandelbar». (8) Das entspricht nicht den Tatsachen: Die russische oppositionelle Internetseite Meduza spricht klar von «Vorschlägen». (9) Doch weder die NATO noch die USA wollten auf dieser Grundlage überhaupt einen Dialog beginnen. Wie Aussenminister Anthony Blinken sagte: «There is no change; there will be no change». (Es gibt keinen Kurswechsel; es wird keinen Kurswechsel geben).

Das angebliche Recht auf einen NATO-Beitritt

Man kann entgegenhalten, dass jedes Land das Recht hat, der NATO anzugehören, und dass Russland zu Unrecht in diese Entscheidungen eingreift. Das ist richtig, aber nicht wirklich das Problem: Es stellt sich nicht die Frage nach einem NATO-Beitrittsrecht für Länder, sondern ob es für die Allianz selbst sinnvoll ist, bestimmte Mitglieder aufzunehmen. Denn Wladimir Putin hat sehr wohl verstanden, dass der Beitrittsprozess bisher irrational verlief, insbesondere weil der atomare Aspekt des Problems ausgeklammert wurde. Der Beitritt zu einer Allianz ist offensichtlich keine harmlose Angelegenheit, denn er bringt Verpflichtungen für alle Mitglieder der Allianz mit sich. Solch ein Mechanismus hatte dafür gesorgt, dass die Ermordung von Erzherzog Franz-Joseph im Jahr 1914 vierzig Millionen Tote zur Folge hatte.

In der Tat vertritt die NATO eine sogenannte «Politik der offenen Tür». Sie wird aber falsch verstanden. Sie ist im Artikel 10 des Washingtoner Abkommens niedergelegt:

«Artikel 10 – Die Parteien können durch einstimmigen Beschluss jeden anderen europäischen Staat, der in der Lage ist, die Grundsätze dieses Vertrags zu fördern und zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets beizutragen, zum Beitritt einladen. Jeder so eingeladene Staat kann durch Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika Mitglied dieses Vertrags werden. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unterrichtet jede der Parteien von der Hinterlegung einer solchen Beitrittsurkunde.»

Mit anderen Worten, es werden Länder eingeladen in dem Masse, wie sie zur «zur Sicherheit des nordatlantischen Gebiets» beitragen können. Um es klar auszudrücken: Das Kriterium ist nicht die Sicherheit der einzelnen aufgenommenen Länder, sondern die kollektive Sicherheit der Region. Genau das haben die Länder des «neuen Europa» nicht verstanden. Unter anderem bedeutet dies, dass potenziell jedes Land im Euro-Atlantik-Raum Mitglied sein kann, dass aber die Entscheidung der Allianz obliegt, die keine Verpflichtung hat, jedes Land aufzunehmen, welches den Wunsch äussert.

Es ist somit unpräzise zu behaupten, die Ukrainer könnten selbst bestimmen, ob sie der NATO angehören wollten oder nicht. Die Entscheidung liegt in jedem Fall bei den Mitgliedsländern der Allianz und hängt von der Sicherheit ab, die die Ukraine ihnen bringen kann. Man macht es sich zu einfach, wenn man behauptet, dass Russland kein «Vetorecht gegen eine NATO-Erweiterung» haben könne. Selbstverständlich kann sich Russland nicht in die Angelegenheiten der Allianz einmischen. Aber trotzdem ist eine Erweiterung der Allianz nicht bedingungslos möglich. Denn es besteht ein Prinzip, was von allen OSZE-Mitgliedern anerkannt und im Dokument von Istanbul (1999) sowie in der Erklärung von Astana (2010) niedergelegt wurde:

«Die Sicherheit jedes Teilnehmerstaats ist untrennbar mit der Sicherheit aller anderen verbunden.»

Dies bedeutet, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten eines anderen hergestellt werden kann. Tatsächlich ist dies jedoch der Fall, wenn die NATO – und besonders die Vereinigten Staaten – Waffensysteme stationieren und damit die atomaren Warn- und Vorwarnzeiten eines Landes verkürzen. Die Probleme eines Landes können schnell zu Problemen der gesamten Allianz werden, also eine ähnliche Situation wie im Jahr 1914.

Quellen:

- 1 „Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner“, National Security Archive, 12.12.2017, Washington D. C.
 - 2 „NATO enlargement and Russia: myths and realities“, NATO Review, 2014
 - 3 „Declassified documents show security assurances against NATO expansion to Soviet leaders from Baker, Bush, Genscher, Kohl, Gates, Mitterrand, Thatcher, Hurd, Major, and Woerner“, National Security Archive, 12.12.2017, Washington D. C.
 - 4 Klaus Wiegrefe, „Neuer Aktenfund von 1991 stützt russischen Vorwurf“, Der Spiegel, 18.2.2022
 - 5 Robert M. Gates, Duty: Memoirs of a Secretary at War, Knopf Doubleday, 14.1.2014 (S. 97)
 - 6 Katharine Q. Seelye, „Arms Contractors Spend to Promote An Expanded NATO“, The New York Times, 30.3.1998
 - 7 Françoise Thom, „What Does the Russian Ultimatum to the West Mean?“, desk-russie.eu, 30.12.2021
 - 8 Caroline Roux in der Sendung „C dans l'air“ vom 25.1. („Ukraine: la surenchère russe ... ou américaine? #cdanslair 25.01.2022“, France 5/YouTube, 26.1.2022 (20'20''))
 - 9 „Moscow's terms Russia publishes proposal for legally binding security guarantees, demanding NATO abandonment of activity in Ukraine and U. S. military withdraw from post-Soviet world“, Meduza, 17.12.2021
- Dieser Beitrag erschien 2023 in der Schweizer Publikation Infosperber.
 Ergänzender Hinweis vom 30.08.2024: <https://globalbridge.ch/us-versprechen-an-gorbatschow-von-1990-kein-zentimeter-nach-osten/>
 Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/das-versprechen-des-westens-zur-nato-osterweiterung/>



Naomi Wolfs Explosive Enthüllung im EU-Parlament:

Pfizer-Dokumente zeigen massive Risiken für Fortpflanzung und Kinder

uncut-news.ch, September 10, 2025

Die Journalistin Naomi Wolf präsentierte im Europäischen Parlament schockierende Details aus internen Pfizer-Dokumenten. Ihre zentrale Botschaft: Das Gefährlichste seien nicht nur die zahlreichen Nebenwirkungen, sondern die massiven Schäden, die die Corona-Injektionen im Fortpflanzungssystem anrichten. Wolf erklärte, dass die **Lipid-Nanopartikel** in den Impfstoffen so konstruiert wurden, dass sie **jede Membran durchdringen** – auch die Plazenta. Das führe zu Verkalkungen und verhindere, dass ungeborene Babys ausreichend mit Nährstoffen und Sauerstoff versorgt werden. Hebammen hätten von **auseinanderfallenden Plazenten, Frühgeburten und starken Blutungen bei Schwangeren** berichtet. Die **Müttersterblichkeit** sei im Westen um **40 Prozent gestiegen**, so Wolf.

Besonders alarmierend: Pfizer habe gewusst, dass die Nanopartikel auch in die **Hoden von Jungen** gelangen und dort die **Leydig-Zellen**, die für Fruchtbarkeit und männliche Entwicklung entscheidend sind, schädigen könnten. Laut Wolf könnten diese Jungen sich möglicherweise **nie normal entwickeln** – selbst dann, wenn sie selbst nicht geimpft wurden.

Pfizer habe die Probanden zudem gewarnt, nach der Impfung keinen Geschlechtsverkehr mit ungeimpften Frauen zu haben oder zumindest **zwei Formen der Verhütung** einzusetzen.

Ein weiterer Vorwurf betrifft die klinischen Studien: Von **270 dokumentierten Schwangerschaften** gingen die Daten von **234 Fällen verloren**. Bei den verbleibenden 36 Schwangerschaften endeten laut Wolf **über 80 Prozent mit einer Totgeburt**.



Täuschung im industriellen Massstab

Im April 2021 wusste Pfizer nach Wolfs Angaben bereits, dass **35 Minderjährige** nach der Impfung **Herzschäden** erlitten hatten. Die **FDA**, das **CDC** und sogar das **Weisse Haus** seien durch das israelische Gesundheitsministerium informiert worden – doch anstatt das Programm zu stoppen oder Eltern zu warnen, sei eine **Vertuschung organisiert** worden. Stattdessen habe man eine **TikTok-Kampagne** gestartet, um Kindern die Impfung schmackhaft zu machen.

Wolf bezeichnete dies als **«Täuschung und Schädigung im industriellen Massstab.»**

Forderung nach Konsequenzen

US-Senator **Ron Johnson** arbeite derzeit daran, ungeschwärzte Pfizer-Dokumente öffentlich zugänglich zu machen und plane dazu Anhörungen im Kongress.



Die AfD-Europaabgeordnete **Christine Anderson** reagierte auf X mit scharfen Worten: Pfizer-Bosse und Regierungsbeamte hätten sich **«Verbrechen gegen die Menschlichkeit»** zuschulden kommen lassen und

gehörten ins Gefängnis. Es sei ihr eine Ehre gewesen, Naomi Wolf im Parlament zu empfangen. «Es war wirklich schockierend zu hören, was Pfizer von Anfang an über diese schrecklichen mRNA-Präparate wusste!», so Anderson.

Quelle: <https://uncutnews.ch/naomi-wolfs-explosive-enthuellung-im-eu-parlament-pfizer-dokumente-zeigen-massive-risiken-fuer-fortpflanzung-und-kinder/>



Depositphotos.com

Neue Beweise im Verfahren gegen Rutte und Gates: «Corona-Impfstoffe nicht von Biowaffen zu unterscheiden»

uncut-news.ch, September 10, 2025

Wie *De Andere Krant* berichtet, bereitet der Anwalt **Peter Stassen** im viel diskutierten Gerichtsverfahren gegen Mark Rutte, Bill Gates und die niederländische Regierung neue Beweisvorlagen vor. Das Gericht in Leeuwarden hatte zuvor abgelehnt, internationale Sachverständige unter Eid zu vernehmen.

Eine der zentralen Zeugen ist die ehemalige Pharma-Managerin **Sasha Latypova**. In einem aktuellen Interview erklärt sie, warum sie – ebenso wie Stassen und Van Kessel – zu der Auffassung kommt, dass die COVID-Impfstoffe als Biowaffen qualifizieren. Ihrer Darstellung zufolge sei das gesamte Corona-Management von Anfang an als **militärische Operation**, nicht als medizinische Kampagne, angelegt gewesen.

Latypova liess durchblicken, was als Nächstes im Verfahren geschehen könnte: Stassen habe eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der er ankündigt, «weitere Beweismittel» vorzulegen – darunter schriftliche Zeugenaussagen von insgesamt fünf Expert:innen. Diese sollen veröffentlicht und eventuell auch in Videobeiträgen erläutert werden. Latypova selbst arbeitet an einer rund 60-seitigen Zeugenaussage.

Bereits in ihrer Aussage argumentiert Latypova mit einem «konsistenten Muster» an Massnahmen wie Lock-downs, Maskenpflicht und Abstandsregeln, das weltweit angewandt wurde – insbesondere durch das US-Verteidigungsministerium (DOD) und Geheimdienste, während Gesundheitsbehörden wie das HHS nur eine beratende Funktion innehatten. Ähnlich formierte sich laut ihrer Darstellung die Koordination in anderen Ländern durch NATO-Strukturen und nationale Sicherheitsdienste. Diese Sichtweise stützt sie auf jahrelange Recherchen gemeinsam mit der Impfstoffforscherin **Katherine Watt** und der Journalistin **Debbie Lerman**, veröffentlicht im Februar unter dem Titel «*The COVID Dossier*».

Ein weiterer Zeuge, **Professor Francis Boyle**, ein Fachmann für Biowaffen, soll ebenfalls aussagen – er kam jedoch überraschend drei Wochen nach seiner Zusage zu Tode. Die Todesursache ist bisher unbekannt.

Ein dritter Sachverständiger, der **Psychotherapeut Joseph Sansone**, stuft die mRNA-Impfstoffe als «biologische und technologische Massenvernichtungswaffen» ein. In einem von ihm besonders hervorgehobenen Beitrag im *Journal of American Physicians and Surgeons* kommen elf medizinische und juristische Fachleute – unter ihnen **Peter McCullough**, **Paul Marik** und **James Thorpe** – laut Abstract zu dem Schluss, dass sowohl SARS-CoV-2 als auch die mRNA-Impfstoffe das Ergebnis manipulativer «Gain-of-Function»-Forschung seien, und somit gegen das UN-Biowaffen-Übereinkommen verstossen.

Zusammenfassend:

- **Zentraler Vorwurf:** mRNA-Impfstoffe seien nicht von Biowaffen zu unterscheiden und Teil einer militärisch koordinierten Strategie – keine medizinische Epidemiebekämpfung.
- **Beweismittel:** Fünf schriftliche Zeugenaussagen, einschliesslich einer rund 60-seitigen von Sasha Latypova, sollen demnächst veröffentlicht werden.
- **Experten:** Neben Latypova sollen Boyle (verstorben) und Sansone als Zeugen auftreten. Beide vertreten eine extrem kritische Haltung gegenüber dem Impfstoff.
- **Studie:** Eine im *Journal of American Physicians and Surgeons* veröffentlichte Untersuchung gruppiert mRNA-Impfstoffe und SARS-CoV-2 als Ergebnis gezielter Manipulation, was laut den Autoren einen klaren Verstoß gegen das Biowaffen-Übereinkommen darstelle.

Quelle: «Coronavaccins niet te onderscheiden van biowapens»

Quelle: <https://uncutnews.ch/neue-beweise-im-verfahren-gegen-rutte-und-gates-corona-impfstoffe-nicht-von-biowaffen-zu-unterscheiden/>

Ex-Admiral verrät: Der Westen will den Ukraine-Krieg endlos führen – Frieden ist gar nicht gewollt

Von PETER HITCHENS//PDailymail, September 10, 2025



Es sieht so aus, als ob der Krieg in der Ukraine noch viele Jahre andauern wird. Und das wird kein Zufall sein. Es könnte sogar das sein, was der Westen insgeheim will.

Wir wissen dies aufgrund einer verblüffenden Bemerkung am Freitag von Tony Radakin, dem bemerkenswerten Juristen, der gerade als Chef der britischen Streitkräfte zurückgetreten ist.

Sir Tony gab ein unkluges Interview dem BBC-Moderator Nick Robinson, einem Mann, der in ausserpolitischen Fragen so ahnungslos ist, dass er tatsächlich die russische Armee als «Rote Armee» bezeichnete – als ob der sowjetische Kommunismus nicht schon vor 34 Jahren zusammengebrochen wäre.

Admiral Radakin hätte einen solchen Fehler nicht gemacht. Er gehört zur absoluten Elite der britischen Verteidigungspolitik. Er hat nicht nur einen Abschluss in Rechtswissenschaften, er qualifizierte sich auch als Barrister und erwarb dann noch einen Master in internationalen Beziehungen und Verteidigungsstudien, während er in der Marine diente.

Tatsächlich studierte er so viel, dass es erstaunlich ist, dass er überhaupt Zeit fand, zur See zu fahren. Doch das tat er – und er wurde zum Befehlshaber der königlichen Marine.

Er sagte Mr. Robinson, dass der Ukraine-Krieg ein «Desaster für Russland» sei, nicht zuletzt wegen Wladimir Putins Scheitern, mehr Land einzunehmen oder Kiew zu erobern.

Sir Tony witzelte, eine Schnecke hätte die Ukraine schneller durchqueren können als Putins Armeen. Treffend genug – und wie ich so oft sage, können unsere Kriegsbegeisterten sich nicht entscheiden, ob Russland eine nutzlose, verfallene Macht oder eine gewaltige Bedrohung für ganz Europa ist. Eines von beidem. Nicht beides.

Doch dann kam der explosive Moment der Enthüllung. Der Admiral sagte zunächst voraus, dass, wenn Russland weiter um das ukrainische Land kämpft, das es beansprucht, es weitere zwei Millionen Männer verlieren werde, getötet oder verwundet, zusätzlich zu der Million, die es bereits verloren haben soll.

Dann sagte er: «Es geht um die Tapferkeit der Ukraine, um den Mut der Ukraine, um unsere Unterstützung für die Ukraine, damit sie im Kampf bleibt und weiterhin diesen Preis von Russland einfordert.»

Gerade die Offenheit dieses letzten Teils ist so verblüffend. Ich denke, der Westen will gar nicht unbedingt Frieden. Die westliche Politik in dieser Region hat das Ziel, eine russische Erholung zu verhindern.

Dies ist seit dem Moment so, als sie vor 33 Jahren im Pentagon vom Ultra-Falken Paul Wolfowitz entworfen wurde. Aber so klar wird es selten ausgesprochen.

Ich erwähne häufig das Eingeständnis des früheren CIA-Chefs und US-Verteidigungsministers Leon Panetta im März 2022, dass «es ein Stellvertreterkrieg mit Russland ist, ob wir es so nennen oder nicht».

Ich bin sicher, er wünscht heute, er hätte geschwiegen. Doch die meisten begreifen nicht die üble Bedeutung dieses Ausdrucks: Er heisst, dass der Westen die Ukraine als Rammbock gegen Russland benutzt – aber nicht selbst direkt am Krieg teilnimmt.

Es ist schön und gut von Russlands grossen Verlusten zu sprechen, doch auch die Ukraine hat enorme Verluste erlitten – deren Zahlen sind zwar militärisches Geheimnis, doch sie setzen sich fort.

Die «Koalition der Willigen», die von europäischen Staaten zusammengestellt wurde, scheint einzig den Zweck zu haben, diesen Krieg am Laufen zu halten, selbst wenn die Amerikaner das Interesse verlieren.

Kann mir bitte jemand erklären, welches nationale Ziel wir damit verfolgen? Europa gibt dreimal so viel für seine Militärs aus wie Russland, ein wirtschaftlicher Zwerg.

Die nicht-rote russische Armee bewegt sich angesichts ernsthaften Widerstands langsamer als ein Weichtier. Und doch soll sie das Schreckgespenst unserer Zeit sein, das uns alle bedroht.

Gibt es da oben irgendjemanden, der denken kann? Ein Jurastudium ist dafür nicht erforderlich.

Quelle: PETER HITCHENS: We're not being told the truth about Ukraine. This was the moment the mask slipped and I saw why the elites want to wage this hideous war for ever...

Quelle: <https://uncutnews.ch/ex-admiral-verraet-der-westen-will-den-ukraine-krieg-endlos-fuehren-frieden-ist-gar-nicht-gewollt/>



Brisante Studie von Geimpften gegen Ungeimpfte, die jetzt endlich veröffentlicht wurde, ist erschütternd

uncut-news.ch, September 11, 2025

Im Jahr 2020 wagte Dr. Marcus Zervos das Udenkbare: Er stimmte zu, eine Vergleichsstudie zwischen geimpften und ungeimpften Kindern durchzuführen. In der festen Überzeugung, die Impfstoffe würden sich als sicher erweisen, versprach er, die Ergebnisse auf jeden Fall zu veröffentlichen. Doch dieses Versprechen wurde gebrochen. Die Resultate verschwanden – bis jetzt.

Wer ist Dr. Marcus Zervos?

Dr. Zervos ist Leiter der Abteilung für Infektionskrankheiten am **Henry Ford Health** in Detroit – und ein überzeugter Impfbefürworter. 2020 wurde er vom Gesundheitsjournalisten **Del Bigtree** gedrängt, ein Projekt anzugehen, das das öffentliche Gesundheitswesen jahrzehntelang vermieden hatte: eine gross angelegte Untersuchung der gesundheitlichen Unterschiede zwischen geimpften und ungeimpften Kindern.



Marcus J Zervos, MD



Specialties: Infectious Disease

Board Certification and Education

Board Certifications

- › ABIM-The American Board of Internal Medicine - Infectious Disease
- › ABIM-The American Board of Internal Medicine - Internal Medicine

Education

- › Wayne State University, MI, 1979

Residencies & Internships

- › Wayne State University, Internal Medicine, MI, 1983
- › Wayne State University, Internal Medicine, MI, 1980

Fellowship

- › University of Michigan - Ann Arbor, Infectious Disease, MI, 1987

Zervos willigte ein, entschlossen, Skeptikern das Gegenteil zu beweisen. Damals schwor er: «Wie auch immer die Ergebnisse aussehen, sie werden veröffentlicht.»



Die Studie

Es handelte sich um eine retrospektive Vergleichsstudie, in der die langfristigen gesundheitlichen Folgen bei **18'468 Personen** untersucht wurden. Der Titel: **«Auswirkungen der Impfung in der Kindheit auf kurz- und langfristige chronische Gesundheitsergebnisse bei Kindern: Eine Geburtskohortenstudie.»**

Die Ergebnisse

- **Asthma:** Geimpfte Kinder hatten mehr als **viermal so häufig** eine Asthmadiagnose wie Ungeimpfte.
- **Ohrinfektionen:** Akute und chronische Ohrinfektionen waren bei Geimpften **sechsmal häufiger**.
- **Sprachstörungen:** In der geimpften Gruppe traten diese **4,47-mal häufiger** auf.
- **Ungeimpfte Kinder:** In dieser Kohorte gab es **keine Fälle** von Hirnfunktionsstörungen, Diabetes, Lernschwierigkeiten, geistigen Behinderungen, Tics oder anderen psychischen Störungen.

Das Fazit: *«Das ist verheerend.»*

Unterdrückung und Schweigen

Der Rechtsanwalt **Aaron Siri** vom ICAN (*Informed Consent Action Network*) erklärte, diese Ergebnisse hätten *«eilig auf Notfallbasis veröffentlicht werden müssen»*. Stattdessen verschwanden sie. Der Grund: Eine Veröffentlichung hätte Zervos Karriere zerstört.

Siri legte die Daten kürzlich in einer **US-Senatsanhörung** offen:

- Nach zehn Jahren hatten **17% der ungeimpften Kinder** ein chronisches Gesundheitsproblem.
- In der geimpften Gruppe waren es **57%**.

Das bedeutet: Geimpfte Kinder hatten ein **mehr als dreifach erhöhtes Risiko** für chronische Krankheiten.

Anerkennung

Grosser Dank gilt Del Bigtree, **The Highwire**, Aaron Siri und allen, die es geschafft haben, Dr. Zervos zu dieser Studie zu bewegen – und die Ergebnisse, trotz jahrelanger Unterdrückung, endlich ans Licht zu bringen.

Quelle: Buried Vax vs. Unvax Study Finally Sees the Light of Day
Quelle: <https://uncutnews.ch/brisante-studie-von-geimpften-gegen-ungeimpfte-die-jetzt-endlich-veroeffentlicht-wurde-ist-erschuetternd/>

Gefunden bei Facebook

Rainer Mausfeld (* 22. Dezember 1949 in Iserlohn) ist ein deutscher Psychologe.

Er war Professor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel, 2016 wurde er emeritiert. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind Wahrnehmungspsychologie, Kognitionswissenschaft und Geschichte der Psychologie. Seine seit 2015 veröffentlichte Kritik an der repräsentativen Demokratie und an den Funktio-

nen der Massenmedien wird in den Medien kontrovers beurteilt. Einem breiten Publikum wurde er durch den Bestseller ›Warum schweigen die Lämmer‹ und durch Vorträge und Artikel bekannt.



Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Rainer_Mausfeld

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
11.9.2025



Ölpumpenheber © crstrbrt/Depositphotos

Klimakrise ade: Jedes Jahr wird noch mehr Öl und Gas verbrannt

Die Spitze des weltweiten Öl- und Gas-Verbrauchs ist noch längst nicht erreicht. Chevron-CEO Mike Wirth setzt weiter auf Fossiles.

upg.

Wer meint, dass angesichts der Klimakrise schon längst weniger Öl und Gas verbrannt werden, täuscht sich schwer. Das Gegenteil ist der Fall: Die Ausbeutung fossiler Brennstoffe nimmt jedes Jahr weiter zu und damit der weltweite CO₂-Ausstoss. Die Internationale Energieagentur IEA rechnet damit, dass die weltweite Förderung und Nachfrage von Öl, Gas und Kohle 2030 ihren Höhepunkt (Peak) erreichen wird.

Es werde noch länger dauern, sagt Mike Wirth, CEO des Ölkonzerns Chevron, und widerspricht. In der ›New York Times‹ erklärte er: «Die IEA hatte schon früher nicht immer recht. Es wäre nicht überraschend, wenn sie auch in diesem Fall falsch läge.» Und falls die IEA doch recht bekäme, werde die Nachfrage nach Öl wahrscheinlich auf diesem Höhepunkt bleiben.

«Erst wenn die Welt aufhört, Öl und Gas zu verbrauchen, werden wir aufhören, danach zu suchen», sagt Wirth. Dieser einfache Satz legt offen, wie sehr ein Konzernlenker in seiner eigenen Welt verhaftet ist.

Mit diesem Satz bringt Chevron-Chef Mike Wirth die Logik seines Geschäfts auf den Punkt: Verantwortung wird nicht übernommen, sondern verschoben – auf Konsumentinnen und Konsumenten, auf «die Welt», auf alle, nur nicht auf das eigene Unternehmen.

Bemerkenswert ist seine Kritik an europäischen Konkurrenten, die versuchen, den Wandel zumindest teilweise zu gestalten. Konzerne, die auf erneuerbare Energien setzen, hätten «an Relevanz verloren», meint Wirth. Sie seien nicht mehr wettbewerbsfähig und ihre Aktionäre seien unzufrieden.

Chevron hingegen sei ständig auf der Suche nach neuen Öl- und Gasvorkommen. Die Politik von Präsident Donald Trump erleichtere dies.

Er selber gefällt sich in der Pose des Realisten: «Wir geben uns nicht dem Idealismus hin. Wir müssen pragmatisch und realistisch sein.»

Realistisch betrachtet bedeutet jede weitere Förderung von Öl, Gas und Kohle, dass sich die Klimakrise weiter verschärft. Realistisch betrachtet ist es riskant, so zu tun, als liesse sich fossile Energie ewig weiter nutzen.

Chevron investiert zwar parallel in Wasserstoff und Lithium – allerdings auf «sehr kleiner Basis», wie Wirth einräumt. Es ist Symbolpolitik, kein Aufbruch. Aktionärsinteressen dominieren, gesellschaftliche Verantwortung bleibt Randnotiz.

Mike Wirth arbeitet seit 40 Jahren beim Ölkonzern Chevron. Er bleibt in den Routinen der Vergangenheit gefangen. Während die Welt diskutiert, wie sie den CO₂-Ausstoss halbieren kann, argumentiert Wirth, warum es gefährlich wäre, mit der Ölförderung aufzuhören. Seine «Langfristspektive» endet dort, wo sie anfangen müsste – bei der Zukunft über die nächsten Bilanzen hinaus.

Wer «noch lange, lange Zeit» sagt, meint in Wahrheit, dass die Rechnung für die Klimakrise nicht an ihn, sondern an kommende Generationen gehen soll.

Wissen, nicht glauben

Der Mensch muss stets wissen,
dass er die Wirklichkeit und auch
deren Wahrheit kennen soll und
sich einzig darauf, jedoch niemals
in irgendeiner wirren Weise auf
einen Glauben verlassen darf.

SSSC, 13. September 2014,

22.57 h, Billy

Was ist das Böse?

Was ist das Böse? Es ist
wie ein Fährmann, der in
schlechter Absicht seine
Passagiere in gefährliche,
strudelnde Gewässer führt
und sie darin ertrinken lässt.

SSSC, 14. September 2014,+5+

00.03 h, Billy

Weitere 11 Merkmale des wahren Menschseins

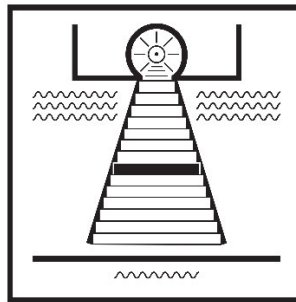
Fortsetzung und Schluss der vorgehenden 23 Merkmale vom 16. August 2025

1. Der wahre Mensch ist sich dessen bewusst, dass er die tägliche Aufgabe der Evolution stets im Alltag seines aktuellen Lebens und im konkreten, realen Umfeld seiner Lebensumstände mit den darin beteiligten Menschen begeht. Wohl kann er seine Vorstellungen, Ideale und Wunschträume von einem schöpfungskonformen Leben pflegen, doch muss er diese stets in Einklang mit dem greifbaren und wirklichen täglichen Leben bringen, denn er lebt nicht mit Engeln oder Traumwesen zusammen, sondern mit evolutionisierenden und fehlerhaften Menschen, wie er selbst einer ist.
2. Der wahre Mensch weiss darum, dass wahrhaftig jeder Gedanke eine ursächlich wirkende Kraft ist, und zwar sowohl die bewussten als auch die unbewussten Gedanken und die daraus hervorgehenden Gefühle, die in ihm entstehen, die er pflegt oder die er achtlos im Bewusstsein vorüberziehen lässt. Darum lernt und bemüht er sich, bewusst auf seine Gedanken zu achten und sie immer mehr in positive, konstruktive und aufbauende Bahnen zu lenken. Denn ihre Schwingungen, Energien und Kräfte sind zwar unsichtbar, aber absolut real und wirksam, wodurch er sein Leben steuert, lenkt und in Richtung

Erfolg und Glück, oder aber auf Elend, Misserfolg und Unglück ausrichtet, wenn er diese nicht stetig bewusst kontrolliert.

3. Der wahre Mensch hadert nicht mit seinem Schicksal und mit den Umständen seines Lebens, denn er steht evolutionsmässig genau an dem Punkt seiner Entwicklung, den er sich selbst erarbeitet hat; das beinhaltet auch die Möglichkeit, dass er durch unterlassenes Lernen und Arbeiten am eigenen Selbst schon weiter auf seinem persönlichen Lernweg sein könnte. Er weiss und akzeptiert, dass die Umstände den gegebenen Lernaufgaben entsprechen, denen er sich selbstverantwortlich stellen, mit denen er im aktuellen Leben zurechtkommen und die er zu meistern lernen muss, ansonsten ihn immer wieder andere Umstände einholen und dazu auffordern werden, die bis anhin verweigerten Aufgaben zum Zweck der Eigenevolution weiter fortzuführen und zu erfüllen.
4. Der wahre Mensch kämpft jeden Tag aufs Neue um sein Vorwärtskommen in der Evolution, wohl wissend, dass er noch sehr Vieles lernen muss, das ihm noch nicht bewusst ist und von dem er vielleicht noch nichts ahnt, denn die Evolution fordert von ihm ein unermüdliches Voranschreiten in Lernbereitschaft, Freude am Dasein, am Zusammenleben mit anderen Menschen und aller Natur sowie in Erfüllung und Glückseligkeit im Beschreiten seines persönlichen Evolutionspfades.

5.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Evolution»

6. Der lange Weg resp. Prozess zum wahren Menschsein erfordert vom einzelnen Menschen das Erlernen der Geduld, was ihm oftmals schwerfällt, weil er ungeduldig ist und vieles sofort erreichen und wahr machen möchte, ohne die erforderlichen Einzelschritte gehen und die damit verbundenen Aufgaben erfüllen zu wollen. Denn zuerst muss er immer die grundlegenden Fähigkeiten und Werte in sich erarbeiten, die ihm die Zielerreichung ermöglichen. Viele Arten der Geduld mit sich selbst, gegenüber den äusseren Umständen und mit anderen Menschen sind nötig und müssen mühsam und wiederum geduldig erlernt werden.
7. Der wahre Mensch schafft in sich wahren, wirksamen und dauerhaften Frieden, indem er alle Ängste, Furchtsamkeitsgedanken und Furchtgefühle, alle Vorurteile, alle Arten von Aggressionen, jedes Urteilen über andere Menschen, jeden Hass, Wut und Zorn wie auch die Ablehnung seines eigenen Selbst inklusive der Aggressionen und Schuldgefühle sich selbst gegenüber, sein mangelndes Selbstwertgefühl und alle anderen Unwerte tiefgründig erkennt, benennt und analysiert. Diese soll er dann im Herg seines Bewusstseins meditativ aktivieren und sie dann ein- für allemal in sich auflösen, wonach er sie in neutrale, positiv ausgerichtete Energien umwandelt, ganz gemäss dem Sinn- resp. Meditationspruch von Billy «In mir walten Freundlichkeit, Mitgefühl, Güte und Liebe und diese Werte erfüllen mich rundum und machen mich friedlich, gelassen, harmonisch und lassen mich glücklich sein.»
8. Der wahre Mensch bereitet sich innerlich auf mögliche Unglücksfälle seiner selbst oder der ihm verbundenen Mitmenschen vor, damit er davon nicht überrumpelt und überwältigt werden kann. Er rüstet sich damit für den Fall, dass sein Leben durch ein ihm oder einem nahestehenden Mitmenschen zustossendes Malheur füngungsmässig eine schwerwiegende Wendung nimmt, mit der er sich auseinandersetzen und dauerhaft arrangieren muss, um alles zu akzeptieren und auch daraus zu lernen und das Leben sinnvoll und konstruktiv weiterzuführen.
9. Der weise und wahre Mensch bereitet sich auf seinen Tod vor, der ihn jederzeit und überall ereilen kann, auch wenn er das natürlich in der Regel nicht wünscht und es sich nicht herbeisehnt. Dennoch ist es eine unumstössliche Tatsache, dass Gevatter Tod jederzeit und völlig unerwartet seinen Tribut fordern kann, wodurch das aktuelle materielle Leben abrupt endet. Daher ist es ratsam, den Nachlass und alle Hinterlassenschaften frühzeitig, vorausschauend und umfassend zu regeln, damit die Hinterbliebenen nicht in Hilflosigkeit oder in unwürdige Erbstreitigkeiten verfallen.
10. Der wahre Mensch ist sich stets der Kausalität aller Dinge und im persönlichen Einflussbereich vor allem der Macht seiner eigens kreierte Gedanken, Gefühle, Taten und Handlungen bewusst. Er ist sich klar und weiss darum, dass allem Tun oder bewussten Unterlassen immer ein Gedanke vorangeht, der als ursächliche Kraft die Zielrichtung seiner Taten und Handlungen bestimmt, womit er sich selbst Ziel

und Richtung vorgibt, wohin er geht und ob er seine Schöpfungslebensenergie zum eigenen Schaden oder zu seinem Wohl und Fortkommen nutzt.

11. Der wahre Mensch pflegt die «Stille Revolution der Wahrheit» in seinem Inneren des Bewusstseins in allererster Linie für sich selbst. Dies also nicht im Sinne eines politisch-gesellschaftlichen, leider zu meist blutigen Umsturzes, sondern als grundlegende und tiefgreifende Veränderung seiner Gedanken und Gefühle hin zu wahren Wissen, schöpferischer Weisheit, effektiver Liebe und wahren Frieden im Sinne der schöpferischen Gesetze und Gebote, die die einzig reale Wahrheit allen Lebens und der gesamten Schöpfung sind.

Achim Wolf, Deutschland/13. September 2025

EU-Parlamentarier lässt EU-Chefin von der Leyen keinen Stein auf dem anderen: «Die Geschichte wird hart über Sie urteilen.»

uncut-news.ch, September 15, 2025

«Wessen Interessen vertreten Sie wirklich?» – mit dieser Frage attackierte der Europaabgeordnete **Jordan Bardella** EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** im Namen von Millionen Franzosen.

Wessen Interessen vertreten Sie, Frau Kommissarin, wenn Sie gegen den Rat Frankreichs, der zweitgrößten Volkswirtschaft Europas, ein Freihandelsabkommen mit dem Mercosur durchsetzen, das den unlauteren Wettbewerb unter unseren Landwirten verschärft und dazu führt, dass auf unseren Tellern Produkte landen, die nicht den hohen Standards entsprechen, die Sie unseren eigenen Bauern aufzwingen?



Direkt zum Video mit deutschen Untertiteln:

«Wessen Interessen vertreten Sie, wenn Sie vorschlagen, dass Europa die Einfuhrzölle auf chinesische Fahrzeuge senkt, während Sie gleichzeitig unseren Herstellern ab 2035 den Verkauf von Hybrid- und Benzinfahrzeugen verbieten?

Wessen Interessen vertreten Sie, Frau Kommissarin, wenn Sie stur auf den Regeln des europäischen Energiemarktes beharren, die Frankreich um die historisch niedrigen Produktionskosten seines Nuklearsektors bringen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zerstören – ebenso wie die Kaufkraft unserer ärmsten Mitbürger?

Wessen Interessen vertreten Sie, Frau Kommissarin, wenn Sie in unserem Namen ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnen, das nichts anderes bedeutet als die Kapitulation Europas und seine wirtschaftliche Vasallentreue? Während unsere Exporte weiterhin mit 15 Prozent Zöllen belegt werden, gelangen US-Industrieprodukte ohne jedes Zollhindernis in unser Land. Und als wäre das nicht genug, zwingen Sie die Mitgliedstaaten, eine gigantische Rechnung zu begleichen: 750 Milliarden Dollar für über- teuerte US-Energieimporte, 600 Milliarden Dollar für Investitionen, die zu Lasten unserer Länder und unserer Territorien gehen.

Während Frankreich über eine für Europa einzigartige Militärindustrie verfügt, fördern Sie weiterhin die Vorzugsbehandlung der USA – auf Kosten von Souveränität und wirtschaftlichem Patriotismus. Verteidigung, Wein, Spirituosen, Kosmetika, Luxusgüter und pharmazeutische Produktion – unsere Spitzenbranchen – werden so geopfert.»

Zur gleichen Zeit haben Kanada, das Vereinigte Königreich, Australien, Japan und Südkorea weitaus bessere Abkommen ausgehandelt als wir. Mit anderen Worten: Selbst die kleinsten Länder verteidigen ihre Interessen besser, als Sie es in den Vereinigten Staaten vor wenigen Wochen getan haben, betonte Bardella.

Die Europäische Union hat den Menschen versprochen, dass Einigkeit Macht schafft. Wir sind eine der grössten Wirtschaftszonen der Welt, unser Markt umfasst 450 Millionen Verbraucher – und doch haben Sie in nahezu allen Fragen nachgegeben. Wenn es darum geht, deutsche Interessen zu verteidigen, wissen Sie sehr wohl, wie man das nationale Interesse schützt. Aber kein verantwortungsbewusster Unternehmer und kein Staatsmann, dem das Gemeinwohl am Herzen liegt, hätte ein solches Abkommen unterzeichnet. Und doch, Frau von der Leyen, haben Sie es im Namen Europas getan.

«Ich spreche heute im Namen von Millionen Franzosen und Millionen Europäern, die zu Recht empfinden, dass die Europäische Union Europa nicht mehr verteidigt. Während die Welt um uns herum zu Macht, Wachstum und Eroberung zurückkehrt, führen Sie unsere Völker auf den Weg des Verschwindens und des Niedergangs. Die Geschichte lehrt uns, dass ein anderer Weg möglich ist. Und diese Geschichte wird Sie streng verurteilen. Unser Volk ebenfalls.»

Quelle: <https://uncutnews.ch/eu-parlamentarier-laesst-eu-chefin-von-der-leyen-keinen-stein-auf-dem-anderen-die-geschichte-wird-hart-ueber-sie-urteilen/>



Eine palästinensische Familie, die an die Küste von Gaza-Stadt vertrieben wurde.
(Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabah.) 8. September 2025.

Palästinenser in Gaza-Stadt konfrontiert mit brutaler israelischer Vertreibungskampagne ohne Ausweg

Von Abdel Qader Sabbah via Drop Site News, September 15, 2025

«Das sollte die letzte Station sein – am Meer. Sie sollten uns hierbleiben lassen.»

GAZA-STADT – Die Palästinenser in Gaza-Stadt sind der vollen Wucht der israelischen Militäraktion zur ethnischen Säuberung der gesamten Stadt ausgesetzt, die einst die grösste im historischen Palästina war, und können nirgendwo hin.

Am Mittwoch lobte das israelische Militär seine eskalierenden Angriffe auf Gaza-Stadt, wobei ein Sprecher erklärte, dass Dutzende israelischer Kampfflugzeuge über 360 Ziele in der Stadt angegriffen hätten, darunter Hochhäuser und Infrastruktur. «Die erste Angriffswelle konzentrierte sich auf die Stadtteile Daraj und Tuffah ... Die zweite und dritte Angriffswelle umfassten einen gross angelegten Angriff auf die Gebiete Daraj, Tuffah und Furqan», schrieb der Sprecher auf X. «In den kommenden Tagen wird die Armee das Tempo der Angriffe verstärken ... um sich auf die nächsten Phasen der Operation vorzubereiten.» Neben Wohngebäuden und Infrastruktur wurden auch überfüllte Zeltlager zerstört.

Seit das israelische Militär letzten Monat seine Offensive zur Eroberung und Kontrolle von Gaza-Stadt gestartet hat, hat es mehrere Vertreibungsbefehle für verschiedene Stadtteile in der Region erlassen, die am Montag in einem Massenvertreibungsbefehl für die gesamte Stadt mit fast 1 Million Palästinensern gipfelten.

Viele sind einfach nicht in der Lage, zu fliehen. Mehrere vertriebene Palästinenser in Gaza-Stadt berichteten «Drop Site News», dass sie aufgrund der exorbitanten Reisekosten, die bis zu 4000 Schekel (rund 1200 US-Dollar) betragen können, nicht in den Süden fliehen können; ausserdem mangelt es an Platz und Unterkünften in den stark überbevölkerten Gebieten im Süden, und nirgendwo in Gaza, auch nicht in den sogenannten «humanitären Zonen», sind sie vor israelischen Angriffen sicher.

«Die Israelis haben unser Zuhause zerstört und wir wussten nicht, wohin wir gehen oder was wir tun sollten. Wir sind gegangen, dann zurückgekommen, wieder gegangen und wieder hierher zurückgekommen. Wir sind inzwischen etwa 20mal umgezogen und wissen immer noch nicht, wohin wir gehen sollen», sagte Issa,

der aus seinem Haus in Al-Zarqa, einem Stadtteil im Nordosten von Gaza-Stadt, an die Küste vertrieben wurde. Hinter ihm auf dem Sandstrand stand ein Eselskarren, beladen mit Matratzen, Töpfen und anderen Habseligkeiten. «Dies sollte die letzte Station sein – am Meer. Sie sollten uns hierbleiben lassen. Wohin sollen wir denn gehen?», sagte er zu Drop Site und fügte hinzu: «Um in den Süden zu gehen, braucht man 3000 Schekel. Und wo findet man ein Zelt? Es gibt keine Zelte ... Es gibt keine Sicherheit – nicht hier, nirgendwo ... Im Moment sind wir im Norden vertrieben. Hier gibt es keine Sicherheit, im Süden auch nicht.»

Das humanitäre Landesteam der Vereinten Nationen in den besetzten palästinensischen Gebieten erklärte, dass fast eine Million Menschen in Gaza nun «keine sicheren oder tragfähigen Optionen» mehr hätten.

«Wir beobachten eine gefährliche Eskalation in Gaza-Stadt, wo die israelischen Streitkräfte ihre Operationen verstärkt und allen Menschen befohlen haben, sich nach Süden zu begeben. Dies geschieht zwei Wochen, nachdem in der Stadt und den umliegenden Gebieten eine Hungersnot bestätigt wurde», hiess es in einer Erklärung am Mittwoch. «Die israelischen Behörden haben zwar ein Gebiet im Süden einseitig als «humanitär» erklärt, aber keine wirksamen Massnahmen ergriffen, um die Sicherheit derjenigen zu gewährleisten, die gezwungen sind, dorthin zu ziehen, und weder der Umfang noch die Grösse der bereitgestellten Dienstleistungen reichen aus, um die bereits dort lebenden Menschen zu versorgen, geschweige denn die Neuankömmlinge. Fast eine Million Menschen haben nun keine sicheren oder realisierbaren Optionen mehr – weder der Norden noch der Süden bieten Sicherheit. Das Verlassen des nördlichen Gazastreifens ist mit unerschwinglichen Kosten für Transport und sichere Durchreise verbunden, die sich die meisten Familien einfach nicht leisten können. Es bedeutet, sich auf kaum befahrbaren Strassen fortbewegen zu müssen. Es bedeutet, einen Platz zum Schlafen im Freien oder in überfüllten Vertriebenenlagern zu finden. Und es bedeutet einen fortwährenden Kampf um Nahrung, Wasser, medizinische Versorgung und Unterkunft sowie ein Leben ohne würdige und sichere sanitäre Einrichtungen. Die Überlebenden im Gazastreifen sind erschöpft.»

Die Vertreibungsanordnung vom Montag wurde von einer Karte des gesamten nördlichen Gazastreifens begleitet, auf der drei Pfeile nach Westen und ein grosser Pfeil nach Süden zeigten – eine grafische Darstellung der ethnischen Säuberungskampagne Israels. Da jedoch die Küste und die angrenzenden Strassen in eine Ansammlung von Zelten und provisorischen Unterkünften verwandelt wurden, finden die Familien keinen Platz, um in den Süden zu fliehen, selbst wenn sie es wollten.



Israelische Militärverdrängungsanordnung für die gesamte Stadt Gaza und die umliegenden Gebiete.
10. September 2025. Quelle: X.

Laut Angaben des Site Management Cluster, einem Zusammenschluss humanitärer Organisationen, die die Bewegungen in Gaza verfolgen, wurden etwa 50'000 Palästinenser innerhalb der Stadt Gaza vertrieben, während eine ähnliche Anzahl in den Süden floh. Das israelische Militär gab eine weitaus höhere Schätzung ab und bezifferte die Zahl der aus Gaza City geflohenen Menschen laut der Zeitung «Times of Israel» auf 200'000.

Eine Reihe von vertriebenen Familien in Gaza-Stadt berichteten «Drop Site», dass sie zwar in den Süden fliehen konnten, aber wieder in den Norden zurückkehrten, nachdem sie dort keine Unterkunft gefunden hatten oder gezwungen waren, Miete für ein kleines Stück Land zu zahlen, um dort ein Zelt aufzustellen.

«Wir sind in den Süden gegangen und haben keinen Platz gefunden. Sie sagten uns immer wieder, wir bräuchten Geld, aber wir hatten keines. Man braucht 3000 bis 4000 Schekel, nur um dorthin zu gelangen. Und es gibt kein Land ohne Gebühr – zehn Schekel pro Meter – und das haben wir nicht», erzählte Feryal Al-Dada Drop Site. «Sie haben uns aus Khan Younis vertrieben. Sie sagten, es gäbe keinen Platz, keinen Ort

für uns», sagte sie und fügte hinzu: «Wir blieben fünf Tage lang unter der Sonne, ohne Essen und Wasser. Ich konnte wegen des Staubs und der Hitze nicht atmen.»

Al-Dada stand vor einer provisorischen Unterkunft aus Stoffplanen und Holzpfehlen in der Nähe der Küstenstrasse. «Ich versuche, mich in der Nähe der Strasse unterzustellen. Nur um ein bisschen Privatsphäre zu haben. Meine Tochter ist verletzt, und dann sind da noch ich, mein Sohn und mein Mann. Wir haben uns einen kleinen Platz zum Leben eingerichtet. Ich habe alles auf der Strasse gesammelt.»



Feryal Al-Dada wurde an die Küste von Gaza-Stadt vertrieben. 8. September 2025.
(Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabah.)



Mazen Al-Damma wurde an die Küste von Gaza-Stadt vertrieben. 8. September 2025.
(Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabah.)

In der Nähe befestigte Mazen Al-Damma ein Stück Stoff an einem dünnen Holzrahmen, um einen Unterstand zu bauen. «Wir sind in den Süden geflohen. Wir sind nach Al-Qarara [einer Stadt nördlich von Khan Younis] gegangen. Dort wurden wir vertrieben, weil kein Platz mehr war, und nach Deir Al-Balah weitergeschickt. Dort gab es jedoch Schiessereien und Beschuss, sodass wir nicht bleiben konnten», erzählte Al-Damma Drop Site. Er kehrte nach Norden in sein Haus im Stadtteil Al-Tuffah zurück, musste jedoch letzte Woche erneut fliehen, nachdem Israel Vertreibungsbefehle erlassen hatte.

«Wir mussten gehen, ohne zu wissen, wohin wir gehen würden», sagte er. «Ehrlich gesagt ist es für jeden besser, nicht in den Süden zu gehen. Das ist Geldverschwendung. Es ist besser, auf seinem eigenen Land zu bleiben.» Er fügte hinzu: «Wo auch immer man sich befindet, ganz Gaza ist gefährlich. Das Gebiet, das sie als «sicher» bezeichnen, ist ebenfalls gefährlich. Deir Al-Balah ist gefährlich. Ganz Gaza ist gefährlich. Es gibt keine sicheren Gebiete. Vor drei oder vier Tagen haben sie Flugblätter über uns abgeworfen. Deshalb sind wir nach Süden gegangen, aber wir haben kein Land gefunden und sind stattdessen hierhergekommen.»

In einer Videoerklärung am Montag richtete der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu eine offene Drohung an alle Palästinenser in Gaza-Stadt: «Ich sage den Bewohnern von Gaza, ich nutze diese Gelegenheit und höre mir genau zu: Ihr seid gewarnt – geht jetzt.» Seine Erklärung spiegelte Kommentare wider, die nach Israels Massenvertreibungsbefehl für den gesamten Norden Gazas im Oktober 2023, kaum eine Woche nach Kriegsbeginn, abgegeben wurden, als Netanjahu ebenfalls verkündete: «Geht jetzt.»

«Die [am Montag] Morgen vom israelischen Militär erlassene Anordnung zur Massenvertreibung der Einwohner von Gaza-Stadt ist grausam, rechtswidrig und verschärft die genozidalen Lebensbedingungen, die Israel den Palästinensern auferlegt, noch weiter», sagte Heba Morayef, Regionaldirektorin für den Nahen Osten und Nordafrika bei Amnesty International, in einer Erklärung. «Für die Hunderttausenden Palästinenser in Gaza-Stadt, die seit fast zwei Jahren unerbittlichen Bombardements ausgesetzt sind, während sie hungern und in provisorischen Lagern zusammengepfercht sind oder in extrem überfüllten Gebäuden Zuflucht suchen, ist dies eine verheerende und unmenschliche Wiederholung des Massenvertreibungsbefehls, der am 13. Oktober 2023 für den gesamten Norden Gazas erlassen wurde.»



Ein palästinensischer Mann, der mit seiner Familie an die Küste von Gaza-Stadt vertrieben wurde. 8. September 2025. (Screenshot aus einem Video von Abdel Qader Sabah.)

Während der israelische Angriff weitergeht, werden die Palästinenser in Gaza-Stadt in einen immer kleiner werdenden Raum gedrängt.

«Wir beluden das Auto und fuhren nach Süden – nach Khan Yunis. Allein die Transportkosten beliefen sich auf 2800 bis 3000 Schekel. Wir kamen in Mawasi, Khan Yunis, an und blieben dort, aber es gab heftigen Beschuss. Sie beschossen sogar die Zelte. Wir flohen aus Khan Yunis und gingen nach Deir al-Balah. Als wir dort ankamen, stellten wir fest, dass auch dieser Ort eine rote Zone war – immer noch ein schrecklicher Ort», berichtete ein Palästinenser, der seinen Namen nicht nennen wollte, gegenüber Drop Site. «Selbst wenn man [im Süden] Land zum Leben findet, egal ob es sich um öffentliches oder privates Land handelt, kommt jemand und sagt: «Ich will eine Zahlung pro Quadratmeter.» Der Preis beträgt 10 Schekel pro Quadratmeter. Wenn man ein Zelt von 4 mal 4 Metern aufstellen will – das sind 16 Quadratmeter –, kostet das 200 oder 300 Schekel im Monat», sagte er. «Wir hatten keine andere Wahl, als den Süden zu verlassen und nach Gaza-Stadt zurückzukehren.»

«Wie Sie sehen können, spannen wir Planen auf, sammeln Decken, zerreißen sie und verwenden sie. Wir holen Vorhänge und Holz von der Strasse, um uns zu versorgen», sagte er, während seine Kinder staubbedeckt neben ihm standen. «Wir leben am Strand. Sie wissen, dass wir hier sind, am Strand. Was hat dieses Kind verbrochen – uns werden Dinge vorenthalten, die es noch nie gesehen hat.»

Sharif Abdel Kouddous und Jawa Ahmad haben zu diesem Bericht beigetragen.

Quelle: Palestinians in Gaza City Confront Brutal Israeli Displacement Campaign with Nowhere to Go

Quelle: <https://uncutnews.ch/palaestinenser-in-gaza-stadt-konfrontiert-mit-brutaler-israelischer-vertreibungskampagne-ohne-ausweg/>

Unerwartete Sterblichkeit nach COVID-Injektionen: Neue Studie wirft brisante Fragen auf

uncut-news.ch, September 15, 2025



pexels

Am 27. März 2025 veröffentlichte das Journal of the Academy of Public Health eine von Experten begutachtete Studie, die eine brisante Debatte neu entfacht. Die Analyse offizieller Daten aus England legt nahe, dass die Sterblichkeit unter Geimpften in mehreren Altersgruppen **höher war als unter Ungeimpften** – und das nicht aufgrund von COVID-19, sondern durch andere Todesursachen.

Auffällige Muster im Impfbjahr 2021

Die Forscher untersuchten fast alle Altersgruppen zwischen 18 und 90+ Jahren und stellten fest:

- Im **Frühjahr und Sommer 2021**, also in der Hochphase des Impf-Rollouts, zeigten Geimpfte nach der **1. und 2. Dosis** eine **höhere altersbereinigte Nicht-COVID-Sterblichkeit** als Ungeimpfte. Besonders deutlich war dies bei älteren Menschen.
- Bei den **18- bis 39-Jährigen** fanden die Autoren im Zusammenhang mit der **4. Dosis** in vielen Monaten ebenfalls eine erhöhte Sterberate.

Die zeitliche Übereinstimmung mit der Impfkampagne ist auffällig: Die Spitzenwerte traten jeweils kurz nach Beginn der Impfserien in den jeweiligen Alterskohorten auf.

Was die Studie nicht beweist

Die Autoren selbst warnen vor voreiligen Schlüssen. Sie betonen:

- Es handelt sich um **Beobachtungsdaten**, die keinen direkten kausalen Zusammenhang beweisen.
- **Störfaktoren** wie Vorerkrankungen, Lebensstil, sozioökonomische Unterschiede oder der Umstand, dass vor allem besonders gefährdete Gruppen zuerst geimpft wurden, könnten die Ergebnisse beeinflussen.
- Dennoch sei das Muster so konsistent, dass es „**dringend weiterer Forschung**“ bedürfe.

Politische Brisanz

Dass Millionen Menschen ohne Langzeitstudien in eine Impfkampagne gedrängt wurden, ist bekannt. Neu ist nun, dass eine **peer-reviewte Analyse** auf **erhöhte Sterblichkeit jenseits von COVID-19** verweist. Genau das, wovor Kritiker seit Jahren gewarnt haben: Ein Eingriff, der als Schutzmaßnahme verkauft wurde, könnte **unerwartete Risiken bergen**, die bis heute nicht transparent aufgearbeitet sind.

Offene Fragen

- **Welche Todesursachen** verbargen sich konkret hinter den Nicht-COVID-Fällen?
- **Warum** zeigt die junge Altersgruppe bei der vierten Dosis eine besonders deutliche Abweichung?
- Und: **Warum wurden mögliche Warnsignale so lange ignoriert oder kleingeredet?**

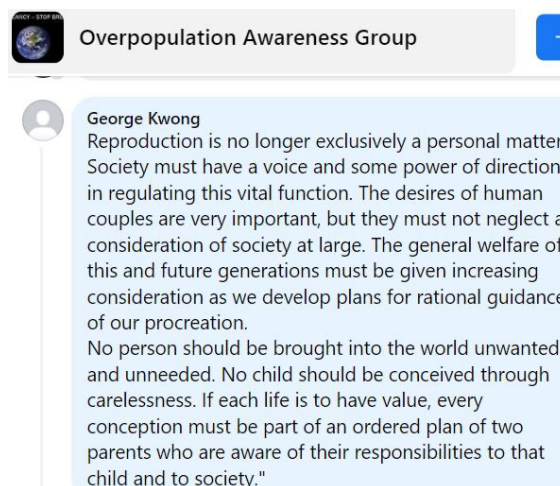
Fazit

Die Studie beweist nicht, dass die Impfung «tötet» – aber sie liefert belastbare Indizien für ein **erhöhtes Risiko** in bestimmten Situationen. Genau deshalb wäre jetzt maximale Transparenz nötig: Zugang zu Autopsiedaten, Einbeziehung unabhängiger Forscher und eine ehrliche Debatte ohne Tabus.

Denn eines ist klar: **Wenn ein staatlich durchgesetztes Massenexperiment auch nur den Verdacht birgt, dass es gesunde Menschenleben gekostet hat, dann muss diese Frage auf den Tisch – vollständig, ungeschönt, öffentlich.**

Quelle: <https://uncutnews.ch/unerwartete-sterblichkeit-nach-covid-injektionen-neue-studie-wirft-brisante-fragen-auf/>

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formsprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formsprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formsprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formsprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsiv zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formsprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

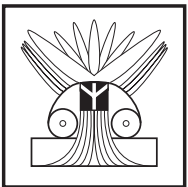


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbolen umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbolen weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbolen bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbolen aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ

EIPHNH
VREDE
平和
שלום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

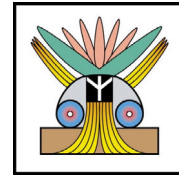
Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2025
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz